



Parlamentssitzung 23. Juni 2008

Protokoll

Aula Schule Hessgut (Liebefeld)
19.00 – 22.05 Uhr

Vorsitz	Martin Graber (SP), Parlamentspräsident	
Anwesend	Peter Antenen (FDP) Alfred Arm (SP) Christian Balz (FDP) Annemarie Berlinger-Staub (SP) Markus Bont (EVP) Evelyn Bühler (FDP) Christian Burren (parteilos) Ignaz Caminada (CVP) Claudia Egli-Steiner (SP) Heinz Engi (FDP) Liz Fischli (Grüne) Harald Henggi (FDP) Thomas Herren (FDP) Niklaus Hofer (SVP) Hanspeter Kohler (FDP) Daniel Krebs (SVP) Valentin Lagger (CVP) Stefan Lehmann (SVP)	Anna Mäder (SP) Urs Maibach (Grüne) Brigitta Matter (SD) Hans Moser (SVP) Daniel Oester (jfk) Hansueli Pestalozzi (Grüne) Jan Remund (Grüne) Christian Roth (SP) Elisabeth Rügsegger (SVP) Christoph Salzmann (SP) Rita Sidler Omoregbee (SP) Ueli Salvisberg (SVP) Markus Stähli (FDP) Hugo Staub (SP) Stephie Staub-Muheim (SP) Mark Stucki (FDP) Elsbeth Troxler (SP) Ursula Wyss (Grüne)
Entschuldigt	Bernhard Bichsel (jfk) Hermann Gysel (EVP)	Rolf Zwahlen (EVP)
Gemeinderat	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident Urs Wilk (FDP), Vizepräsident Judith Ackermann (FDP) Rita Haudenschild (Grüne)	Katrin Sedlmayer (SP) Marianne Streiff (EVP) Ueli Studer (SVP)
Sekretär:	Markus Heinzer	
Protokoll:	Ruth Spahr	

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 5. Mai 2008.....	100
2. Kommissionsersatzwahlen.....	100
3. Gemeinderechnung 2007	100
4. Verwaltungsbericht 2007	107
5. Stellenbewirtschaftung	114
6. 0806 Dringliches Postulat (SP) "Belagswerk sofort sanieren oder sonst stilllegen"	114
7. 0522 Postulat (überparteilich) "Belebung des Kultur- und Begegnungszentrums in Köniz"	117
8. 0603 Postulat (Grüne) "Luftreinhaltung geht alle an"	118
9. 0727 Motion (Grüne) "Transparente Darstellung von Argumenten der Parlamentsmehrheit und der Parlamentsminderheit in Abstimmungsbotschaften"	119
10. 0808 Anfrage (Stucki) "Begabtenförderung an Könizer Schulen"	120
11. 0809 Interpellation (Hugo Staub, SP) "Gelegenheit macht Diebe - auch in der Schule?"	120
12. Verschiedenes.....	121

Begrüssung

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung. Die Macht eines Parlamentspräsidenten ist nicht unendlich, aber immerhin hat die UEFA den Spielplan der EURO 08 unserem Sitzungsplan angepasst und für heute keine Spiele angesetzt. Ich danke den Verantwortlichen der Gemeindeverwaltung und dem Haberhuus für das tolle Public-Viewing- und Public-Barbecue-Angebot auf dem Schlossareal. Ich wünsche allen für heute ein faires und vor allem schnelles Spiel und hoffe, dass es keine Verlängerung braucht.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 36 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Martin Graber: Mitte Mai habe ich folgenden Brief erhalten: "Demission als Parlamentsmitglied auf den 30. Juni 2008. Lieber Ratspräsident, liebe Ratskolleginnen und -kollegen. Ich werde auf Ende Juni als Parlamentsmitglied nach sechs Jahren Mitgliedschaft zurücktreten. Der Grund ist nicht etwa, dass mich die Parlamentsarbeit nicht mehr interessieren würde. Aber es heisst ja immer, man solle aufhören, so lange man noch Freude daran hat. Von Anfang an war mir klar, dass 70 Jahre für mich eine Grenze darstellen, und nun ist es eben so weit. Ich mache jemand Jüngerem Platz, wobei ich es schon gut fände – und das habe ich von Seniorinnen und Senioren oft gehört – wenn der eine oder die andere Pensionierte im Parlament mitarbeiten würde. Genau so wie es wichtig ist, dass auch junge Mitglieder dabei sind. Aber in beiden Altersgruppen ist es nicht einfach, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Trotzdem: Probieren sollte man es bei der Gestaltung der Listen bei den nächsten Wahlen."

Ich habe nachgezählt: Ich habe an 58 Parlamentssitzungen teilgenommen, die Akten füllen zahlreiche schwergewichtige Ordner. Sechs Jahre lang habe ich selber erfahren, wie gross der Zeitaufwand für die Parlamentsarbeit ist, wenn man sie seriös betreibt. Und ich habe mich oft gefragt, wie jene das schaffen, die voll im Berufs- und Familienleben stehen.

In diesen sechs Jahren habe ich viele interessante Einblicke gewonnen und vertieft. Dabei habe ich mich vergewissern können, dass unsere Gemeinde verantwortungsvoll und kompetent geführt wird dank dem Parlament und seinen Kommissionen, dem Gemeinderat und nicht zuletzt dank der Verwaltung. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, was bei den einzelnen Sachgeschäften und Vorlagen das Beste für die Gemeinde ist – je nach Standpunkt verändert sich bekanntlich die Perspektive. Und das ist gut so, sonst wäre die Führung ja einseitig. Nur muss das Wohl der Allgemeinheit immer im Visier bleiben, und hier meiner politischen Haltung entsprechend vor allem auch das der besonders sensiblen Gruppen: der Kinder und ihrer Familien, der Betagten, der sozial Benachteiligten, der Migrantinnen und Migranten, aber auch die bedrohte Umwelt usw.

Ein wichtiger Teil meiner Parlamentstätigkeit war die Mitarbeit in der Einbürgerungskommission. Das habe ich sehr gerne gemacht. Diese Kommission hat sich in den letzten sechs Jahren ständig weiterentwickelt und ihre Kompetenz und Arbeit optimiert.

Nun möchte ich euch allen für die gute Zusammenarbeit danken. Ich wünsche euch weiterhin eine gute Hand beim Lenken der Geschicke unserer Gemeinde – als Bewohnerin von Wabern werde ich das natürlich weiterhin mit Interesse verfolgen. Heit Sorg zu Chöniz! Elsbeth Troxler."

Claudia Egli (SP): Ich möchte Dir im Namen der SP-Fraktion ganz herzlich für Deine fundierte, sehr gute Arbeit in der Fraktion, im Parlament, aber auch in der Einbürgerungskommission danken. Vier Themen hebe ich hervor: "Agenda 21", Alterskonferenz, Schule und Migration. Diese Themen gingen Dir nahe, Du hast dich sehr für sie eingesetzt und auch einiges erreicht. Mit Deiner ruhigen, ausgeglichenen Art bist Du ein wichtiger Bestandteil unserer Fraktion gewesen. Das wird uns fehlen. Wir werden sicher das eine oder andere Mal an Dich zurückdenken. In Zukunft wirst Du mehr Zeit für Deine Familie haben. Zum Schluss möchte ich Dir folgendes sagen: Als Du nach deinem Unfall an Krücken und mit Schmerzen trotzdem an den Parlamentssitzungen teilgenommen hast, dachte ich voller Ehrfurcht, dass Du immer in der Fraktion,

im Parlament, in der Einbürgerungskommission anwesend bist, ob Schmerzen oder nicht. Du hast Deinen Wählerinnen und Wählern gezeigt, dass Du Dich für sie einsetzest. Für mich bist Du ein grosses Vorbild. Danke für alles. (*Applaus*)

Parlamentspräsident Martin Graber (SP): Als Parlamentspräsident und Fraktionskollege wünsche ich Dir alles Gute. Ich danke Dir für Deine Arbeit und wünsche Dir eine schöne freie Zeit.

Der grösste Teil der Unterlagen für die heutige Sitzung ist am 29. Mai 2008 versandt worden. Mit einem Nachversand haben Sie unter anderem das Protokoll der Sitzung vom 5. Mai 2008 erhalten. Auf Ihren Pulten liegen diverse Unterlagen, unter anderem die Terminplanung des Parlamentsbüros für 2009.

Am 31. Oktober 2008 findet in Köniz eine ganztägige Veranstaltung zum Thema Agglomerationspolitik statt. Die Fraktionspräsidien haben die entsprechenden Unterlagen erhalten.

Der Parlamentsausflug findet – wie bereits an der letzten Sitzung erwähnt – am 5. September 2008 ab 15.30 Uhr statt.

Wir suchen noch Fussballspielerinnen und –spieler: Am 12. September ist für die Einweihung des neuen Kunstrasenfeldes im Steinhölzli ein Fussballmatch gegen Muri-Gümligen geplant. Anmeldungen können an das Parlamentssekretariat erfolgen. Dazu ein Zitat von Daniel Spoerri: "Kunst ist ein hartes Geschäft, und man geht drauf oder man schafft's."

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 5. Mai 2008

Das Protokoll der Sitzung vom 5. Mai 2008 wird genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Wahl

Parlamentspräsident Martin Graber erklärt folgende Person als Nachfolgerin für die zurückgetretene Franziska Frauchiger (Sitzanspruch: SP) für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31.07.2010, als Mitglied der Schulkommission Liebefeld als gewählt:

Astrid Nusch Zanger

Klinische Heilpädagogin

Feldeggstrasse 28

3098 Köniz

Partei: SP

3. Gemeinderechnung 2007

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Martin Graber: Ein britischer Schauspieler hat einmal gesagt: "Nichts beschleunigt die Genesung so sehr wie regelmässige Arztrechnungen." Ich hoffe, dass sich bei der Beratung der Gemeinderechnung das gute Ergebnis beschleunigend auf die Parlamentssitzung auswirken wird. Wir werden die Rechnung nach der ordentlichen Beratung kapitelweise durchgehen.

GPK-Referent Valentin Lagger (CVP): Ich bedanke mich bei der Finanzabteilung für die umfassende Dokumentation, die einen sehr guten Überblick über die finanzielle Situation der Gemeinde Köniz gibt. Die finanzielle Situation unserer Gemeinde ist – so die einhellige Meinung der GPK – zurzeit sehr erfreulich. In der GPK wurde zu folgenden Themen diskutiert: Im Personalaufwand macht die Gemeinde Köniz eine absolute Punktlandung. Die Frage ist nur, weshalb

dem so ist, hat man doch im Jahr 2007 mehrere Nachkredite im Personalbereich sprechen müssen, die aufsummiert rund 150'000 Franken ausmachen. Die Punktlandung ist durch Minderaufwendungen in anderen Bereichen möglich geworden: nicht besetzte Stellen, "billiger" besetzte Stellen (anstelle von pensionierten Personen werden jüngere und deshalb billigere Personen angestellt), und im Budget für das Jahr 2007 waren die Pensionskassenbeiträge um rund 500'000 Franken zu hoch budgetiert. Betrachtet man die Entwicklung des Personalaufwands im Finanzplan auf Seite 17, fällt auf, dass in diesem Bereich in den nächsten Jahren erhebliche Steigerungen anfallen werden. Die Gründe, die dazu führen, sind uns erklärt worden: Einerseits herrscht aktuell eine hohe Teuerung, andererseits werden die Pensionskassenbeiträge ansteigen und Vakanzen müssen besetzt werden. Eine Lohnerhöhung von 1 Prozent löst Kosten von rund 820'000 Franken aus. Schliesslich ist in der Rechnung erwähnt, dass Frühpensionierungen einen gewissen Mehraufwand zur Folge haben. Auf meine Frage nach der genauen Entwicklung dieser Kosten, bin ich auf einen Bericht verwiesen worden, der den Parlamentsmitgliedern in der nächsten Zeit zugestellt wird.

Zu den Investitionen: Im Jahr 2007 befanden sich die Nettoinvestitionen auf einem tiefen Niveau. Die Gründe dazu liegen auf der einen Seite bei geplanten aber nicht ausgeführten Investitionen im Jahr 2007 (Türme bei der Bahnstation Niederwangen, Alterswohnungen im Hessgut). Auf der anderen Seite können bei Investitionen auch immer wieder Einnahmen generiert werden. Diese waren im Jahr 2007 relativ hoch. Dazu einige Erklärungen: Jede bewilligte Investition ist eine Bruttoinvestition im Wissen darum, dass Beiträge von Dritten – Bund und Kanton – eingehen werden. Wann genau diese Beträge aber eintreffen, ist jeweils nicht bekannt und sie können deshalb erst bei ihrem Eingang verbucht werden.

In der GPK ist gewünscht worden, dass die Rechnungen ab 2008 auch nach Produkten geordnet dargestellt werden.

Weitere Fragen, die gestellt worden sind: Für die Beschaffung eines Signalisationskatasters sind in der Rubrik "Bewilligte Verpflichtungskredite" (Seite 33) 190'000 Franken bewilligt worden. In der Rechnung 2007 sind jedoch nur 98'000 Franken verbucht. Hier ist erst die Hälfte des Kredits ausgeschöpft worden. In den Konten 365, 366 und 385 (Nachkredite auf den Seiten 40 und 41) ist es zu massiven Überschreitungen gekommen. Der Grund dafür sind langfristige Krankheitsausfälle von Hauswarten und die damit verbundenen Kosten für die Stellvertretung. Die GPK erkundigte sich, ob es nicht ein Widerspruch sei, wenn einerseits auf Seite 2 erklärt wird, es sei wenig investiert worden und andererseits ein paar Seiten weiter hinten die Bemerkung zu lesen ist, dass im Strassenunterhalt viel investiert worden ist. Der Gemeinderat war der Meinung, dass das kein Widerspruch sei: Im Strassenunterhalt besteht Nachholbedarf und deswegen sind andere Projekte zurückgestellt worden. Der Gemeinderat erklärte auf Anfrage, dass er zur Zeit prüft, ob er eine Krankentaggeldversicherung abschliessen will. Schliesslich wurde festgestellt, dass im Bereich des Verkaufs von SBB-Tageskarten ein Gewinn von 77'000 Franken erwirtschaftet worden ist. Auf die Frage, ob vor diesem Hintergrund der Verkaufspreis für die Tageskarte nicht gesenkt werden könne, hat der Gemeinderat erklärt, dass im ausgewiesenen Gewinn die Kosten der Loge nicht eingerechnet sind und der Verkaufspreis von 38 Franken pro Tageskarte gerechtfertigt ist.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 : 0 Stimmen (1 Mitglied war abwesend), die Rechnung und die Bestandesrechnung 2007 zu genehmigen. Die GPK empfiehlt dem Parlament, vom überarbeiteten Finanzplan Kenntnis zu nehmen (2 Stimmen für zustimmende Kenntnisnahme, 4 Stimmen für teilweise zustimmende Kenntnisnahme).

Im Revisionsbericht, der zum ersten Mal in der Verantwortung der Firma T & R AG erstellt worden ist, werden Empfehlungen zu bestimmten Themen abgegeben, zu denen der Gemeinderat jeweils Stellung nimmt. Beide Dokumente werden der GPK zur Kenntnis abgegeben. Die GPK hat folgende Beschlüsse getroffen: Das weitere Vorgehen betreffend der Empfehlungen der Revisionsfirma ist transparenter darzustellen und deshalb ist zu den bereits heute abgegebenen Dokumenten der GPK eine zusätzliche Liste abzugeben: aus dieser Liste soll die Kontrolle über die Umsetzung der Empfehlungen ersichtlich sein. Welche Massnahmen sind eingeleitet worden? Wer führt diese durch? Wann? Wer kontrolliert die Umsetzung? Zudem sollen gemäss einem weiteren GPK-Beschluss in Zukunft sowohl der Gemeindepräsident als auch der DPF-Referent der GPK zur Schlussbesprechung zwischen der Gemeinde und der Revisionsfirma eingeladen werden.

Parlamentspräsident Martin Graber hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP): Eine Gemeinderechnung mit einem Ertragsüberschuss von mehr als 12 Millionen Franken muss doch einfach als gut befunden werden! Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen haben wir uns in der CVP/EVP-Fraktion Zeit genommen, die Rechnung wie jedes Jahr genau unter die Lupe zu nehmen.

Auf Seite 5 ist festgehalten, dass die Gemeindesteuerteilung bei den natürlichen Personen um 5,5 Millionen Franken schlechter ausfällt als budgetiert. Wie viel genau budgetiert war, konnten wir jedoch aus den uns vorliegenden Unterlagen nicht eruieren. Der Gemeinderat erklärt, dass Köniz noch Steueranteile an andere Gemeinden weiterleiten muss und deshalb entsprechende Rückstellungen vorgenommen worden sind. Der Gemeinderat kann uns heute sicher Zwischenergebnisse vorlegen, wie viel aus diesen Rückstellungen im Jahr 2008 bereits weitergeleitet worden ist. Mich haben die Rückstellungen von 5,5 Millionen Franken irgendwie nicht in Ruhe gelassen, denn würden die Rückstellungen um 1,5 Millionen Franken weniger hoch angesetzt, würde gemäss meinen Berechnungen der Ertragsüberschuss nicht 12 Millionen Franken, sondern sage und schreibe 13,8 Millionen Franken betragen. Ich gehe davon aus, dass ein Steuerzehntel in der Gemeinde Köniz ungefähr 5 Millionen Franken ausmacht. Die von mir ausgerechneten 13,8 Millionen Franken Ertragsüberschuss sind somit sehr nahe an den drei Steuerzehnteln Rückstellungen, die von diversen verlangt wurden. Damit ist gemäss meinen Berechnungen kein Grund mehr vorhanden, im Herbst ein Budget ohne Steuersenkung vorzulegen. Ich habe die Rechnungen der letzten Jahre näher betrachtet und zu meiner Überraschung Folgendes festgestellt; ich zitiere aus der Rechnung des Jahres 2005: "Dagegen wurden aus der Gemeindesteuerteilung der natürlichen Personen rund 0,75 Millionen Franken weniger zur Zahlung fällig." Der entsprechende definitive Betrag ist auch hier unauffindbar. Ich zitiere aus der Rechnung des Jahres 2006: "Da die Gemeindesteuerteilung der natürlichen Personen seit 2001 zusammen mit den definitiven Veranlagungen eröffnet wird, gibt es keine Verzögerung im Zusammenhang mit der Erstellung der Teilung. Dies führt dazu, dass keine Rückstellungen mehr gemacht werden müssen. Entsprechend ist der Aufwand gesunken." Was wird in der Rechnung 2008 stehen? Von der Äusserung, dass keine Rückstellungen mehr vorgenommen werden müssen, ist innerhalb von 12 Monaten ein Schwenker zur Äusserung gemacht worden, dass aus diesem Grund eine entsprechende Rückstellung – notabene 5,5 Millionen Franken – vorgenommen werden muss. Ich verstehe die Welt, respektive die Gemeinderechnung von Köniz nicht mehr. Letzte Woche konnte man den Medien die Zahlen zum FILAG (Finanz- und Lastenausgleich) entnehmen. Die Gemeinde Köniz zahlt pro Einwohner 287 Franken in diesen Topf. Das sind bei 38'288 Einwohnenden immerhin rund 11 Millionen Franken. Hat die erstarkte Finanzkraft unserer Gemeinde nun zur Folge, dass wir für das Jahr 2008 noch mehr als budgetiert in diesen Topf abgeben müssen?

Eine weitere Frage betrifft die Kindertagesstätten. Wir konnten den Medien entnehmen, dass der Kanton die Kosten für die Kindertagesstätten im Jahr 2006 nicht vollumfänglich übernehmen wird. Dadurch entstehen der Gemeinde Köniz Mehrkosten von 360'000 Franken. Betrifft dieser Betrag nur das Jahr 2006 und fallen – im Gegensatz zum Budget – weitere Gelder für die Jahre 2007 und 2008 an? In diesem Zusammenhang stelle ich dem Gemeinderat folgende Frage: Ist es vertretbar, bei einem hängigen Verfahren die billigeren Kosten ins Budget aufzunehmen?

Die CVP/EVP-Fraktion wird die Rechnung 2007 trotz allem genehmigen. Der Finanzplan wird jedoch lediglich teilweise zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Begründung muss wegen der Redezeitbeschränkung wegfallen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Köniz hat viel schneller als erwartet aus dem finanzpolitischen Jammertal gefunden. Nichtsdestotrotz befinden wir uns noch lange nicht im finanzpolitischen Schlaraffenland, auch wenn 12 Millionen Franken Ertragsüberschuss sozusagen aus dem Nichts entstanden sind. Ich erinnere daran, dass vor eineinhalb Jahren das Budget für das Erreichen einer schwarzen Null ohne ausserordentliche Erträge mittels eines parlamentarischen Kraftakts ausgabenseitig um 300'000 Franken gekürzt werden musste. Der Grund für das gute Ergebnis sind die Gewinnsteuern bei den juristischen Personen, die um 6,3 Millionen Franken besser ausfallen als budgetiert. Hier schlägt sich die gute Konjunkturlage nieder und auch die nun in der Gemeinde Köniz tätige Firma Swisscom. Aber die gute Konjunktur kann sich abschwächen und damit die Unternehmensteuern dahin schmelzen wie Schnee an der Sonne. Auf solchen Einnahmen dauerhaft aufbauen zu wollen, wäre bauen auf sandigem Grund. Die Finanzkennzahlen sind insgesamt gut bis exzellent. Es gibt eine grosse Ausnahme: Der Investitionsanteil ist mit 8,7 Prozent als schwach zu bezeichnen. Ich mache auf

Folgendes aufmerksam: Wenn nicht eine Rückstellung für den Park im Liebefeld (rund 1 Millionen Franken) vorgenommen worden wäre, würden die Nettoinvestitionen lediglich rund 7 Millionen Franken betragen. Wir sind der Meinung, dass die Investitionen deutlich zu erhöhen sind, vor allem weil viel Nachholbedarf besteht. Unsere Gemeinde darf nicht "verlottern", sondern sie muss zukunftsfähig gemacht werden. Einige Stichworte: Der Nachholbedarf bei den gemeindeeigenen Gebäuden ist unbestritten und von allen Seiten wird im Parlament die energietechnische Sanierung dieser Gebäude gefordert. Im Schloss besteht ein hoher Investitionsbedarf. Tagesschulen und Basisstufen benötigen mehr Raum. Im Verkehr stehen Investitionen an. Wollen wir nicht im Verkehr ersticken, sind mehr Erschliessungen durch den öffentlichen Verkehr, Trams anstelle von Bussen und Viertelstundentakt nötig. Das ist mit der Zweckmässigkeitsbeurteilung aufgegleist. Aber auch hier werden Gemeindebeiträge fällig. Nicht zuletzt ist beim Personal der Rückstand auf den Teuerungsausgleich aufzuholen.

Wie soll es weitergehen? Wir erwarten vom Gemeinderat eine Finanzstrategie, die den erwähnten Punkten Rechnung trägt, vor allem aber dem Schwankungsrisiko bei den Steuereinnahmen, das deutlich gestiegen ist, und dem höheren Investitionsbedarf. Wenn dies abgedeckt ist, können auch wir Grünen einer Steuersenkung zustimmen.

Dazu unser Vorschlag: Die Steuern sind um 1 Prozent weniger zu senken als es aufgrund der Finanzstrategie möglich wäre. Mit diesem einen Prozent würden wir gerne einen Öko- oder Energiefonds speisen, mit dem Massnahmen in der Gemeinde Köniz zur Reduktion des Energieverbrauchs und zur Produktion von erneuerbarer Energie zu finanzieren wären. Dieser Fonds würde allen zugute kommen, und Evaluationen zeigen, dass mit Förderbeiträgen ein Vielfaches an zusätzlichen Investitionen ausgelöst werden kann. Das würde dem Gewerbe den Aufbau der notwendigen Kapazitäten für energietechnische Sanierungen erlauben.

Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP): Heute zelebrieren wir die beliebten Politrituale; aber nicht nur. Zuerst zu den Ritualen: Im Budget wird uns jeweils ein mässiges Resultat in Aussicht gestellt, in der Hochrechnung im Herbst sieht es mit einem Überschuss von 5 Millionen Franken sehr positiv aus und in der Schlussabrechnung dürfen wir dann ein ausserordentlich gutes Resultat zur Kenntnis nehmen. Für 2007 heisst das ein Plus von über 12 Millionen Franken, rund zwei Steuerzehntel Eigenkapital auf einmal und dies war für die Gemeinde offensichtlich grösstenteils unerwartet. Auch zum Politritual gehört, dass bei der Rechnung jeweils Vergangenheitsbewältigung betrieben wird, der Blick eigentlich aber in die Zukunft gehen müsste. Auch zum finanzpolitischen Ritual scheint es zu gehören, dass die Einen eine Steuersenkung fordern, andere finanzpolitische Horrorszenarien an die Wand malen und die Dritten am liebsten ihrer Fantasie freien Lauf lassen, für welche Zwecke der Überschuss eingesetzt werden könnte. Vermutlich gibt es dann noch diejenigen, die wie immer nicht so recht wissen, wohin sie eigentlich wollen. Auch zum politischen Ritual gehört es vermutlich, dass wir hier klare Worte brauchen, konsequente Entscheide verlangen und der Gemeindepräsident dies alles – wie im letzten Jahr – als "quick and dirty" bezeichnet. Die Bezeichnung "quick and dirty" bedeutet eine nicht besonders elegante, aber schnelle und effiziente Lösung eines dringenden Problems.

Es sind aber Elemente vorhanden, die nichts mit Ritualen zu tun haben. Die Rechnung 2007 macht auch uns Freude. Endlich hat unsere Gemeinde den Bilanzfehlbetrag abschreiben und in grossem Umfang Eigenkapital bilden können. Erfreulich ist vor allem die Entwicklung der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas lohnt sich. Erfreulich ist auch die Tatsache, dass die Kosten im Griff sind. Umso wichtiger ist es, dass man sich dies auch für die Zukunft zu Herzen nimmt. Nun muss der Blick aber in die Zukunft gehen. Wollen wir uns der Bevölkerung gegenüber redlich und ehrlich verhalten oder beweisen wir, dass Versprechungen von Politikern Schall und Rauch sind? Im Jahr 2003 wurden die Steuern erhöht, verbunden mit dem klaren Versprechen, es handle sich um eine vorübergehende Erhöhung und zum frühest möglichen Zeitpunkt werde wieder der ursprüngliche Steuerfuss anvisiert. Heute ist Eigenkapital vorhanden und dies nicht nur in bescheidenem Ausmass. Heute haben wir trotz konjunktureller Abkühlung nach wie vor Wachstumsaussichten (gemäss seco) von 1,9 Prozent für 2008 respektive 1,3 Prozent für 2009, die KOF-Zahlen sind noch optimistischer. Heute können wir wachsende Steuereinnahmen feststellen, seit 2003 eine Steigerung von 20 Prozent. Die Ausgaben sind im Griff. Die Investitionen können vorsichtig, planend und zurückhaltend erhöht werden. Wann wollen wir unsere Versprechungen an die Bevölkerung einhalten, wenn nicht heute, wenn es gut läuft? Wann hört man damit auf, jedes Argument und jedes Bedenken gegen eine Steuersenkung aus der Mottenkiste zu holen? Wann will die Politik ehrlich sein; jetzt oder am Sanktnimmerleinstag? Die FDP/jfk-Fraktion wird der vorliegenden

Rechnung gerne zustimmen, den Finanzplan aber ablehnend zur Kenntnis nehmen. Wir verlangen "quick and dirty", dass die abgegebenen Versprechen an die Bevölkerung eingehalten werden. Bei Versprechen gibt es kein Lavieren und kein Vernebeln. Die Finanzplanung für die nächsten Jahre und das Budget 2009 müssen vom ursprünglichen Steuerfuss von 1,45 ausgehen und können dies auch. Die heute zu verabschiedende Rechnung ist der letzte Beweis dazu.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Ich spüre, dass in der Öffentlichkeit, auch hier im Parlament, Genugtuung über den guten Rechnungsabschluss herrscht. Ganz anders, fast kleinmütig, tönte es im Dezember 2006 bei der Verabschiedung des Voranschlags 2007. 300'000 Franken – 1,6 Promille – mussten eingespart werden. Und heute? Der Sachaufwand liegt 4,3 Prozent oder 989'521 Franken unter der Budgetvorgabe. Die Votanten, die seinerzeit die berühmten 300'000 Franken unter die normale Budgetungenauigkeit subsumiert haben, können sich heute bestätigt fühlen. Auch der Gemeinderat hat damals optimistischer in die Zukunft geschaut als die damalige Parlamentsmehrheit. Das Rechnungsergebnis ist erfreulich. Ein Teil ist auf die gute Konjunkturlage zurückzuführen, die ein beträchtliches Mehr an Steuereinnahmen zur Folge hat, vor allem bei den juristischen Personen. Das Rechnungsergebnis ist aber auch dank der konsequenten Finanzpolitik des Gemeinderates zustande gekommen. Hier verdanke ich die gehörten lobenden Worte aus den Reihen des Freisinns. Die konsequente Politik des Gemeinderates ist in der Analyse der Rechnungsergebnisse 2001 bis 2007 ersichtlich. Der Sach- und der Personalaufwand liegen einiges unter dem indexierten Betrag, der aufgrund der Teuerung zu erwarten gewesen wäre. In diesem Sinn ist die von Valentin Lagerer monierte Punktländung gar keine. Auch im Vergleich mit den fünf grössten Gemeinden im Kanton Bern dürfen wir stolz sein. Wir haben den kleinsten Pro-Kopf-Aufwand; dies obwohl wir als einzige der fünf Gemeinden noch Zentrumslastenausgleich bezahlen müssen. Trotzdem gibt es einige Wermutstropfen. Das grosse Plus der Gewinnsteuern steht auf wackligen Füßen und ist sehr konjunkturrempfindlich. Die Einkommenssteuern natürlicher Personen wären stabiler und nachhaltiger. Daran müssen wir mit einer guten Wohnpolitik noch arbeiten. Wir dürfen nicht nur abhängig von einer Grossfirma sein. Aufgrund des Bilanzfehlbetrags wurden die Investitionen zurückgefahren, nun ist Nachholbedarf vorhanden, wollen wir den nachfolgenden Generationen keine verlotterte Infrastruktur zurücklassen. Der Investitionsanteil zeigt dies auf. Der vorliegende Finanzplan für die Jahre 2009–2012 stimmt nicht euphorisch. Eine Steuersenkung würde demnach das Eigenkapital ziemlich rasch auffressen. Die Datenlage sei noch nicht sicher, hat uns der Gemeindepräsident in der GPK erklärt. Hoffen wir auf sicherere Zahlen im Herbst, wenn es um das Budget 2009 geht, dann werden auch wir uns dem Traum einer Steuersenkung nicht verschliessen und diese ernsthaft mit überlegen und mitdiskutieren.

Die Rechnung 2007 zeigt, dass der Bilanzfehlbetrag weg und der finanzpolitische Spielraum zurück ist, wie im Jahr 2006 von Gemeindepräsident Luc Mentha angekündigt. Bewahren wir jedoch einen kühlen Kopf und betreiben weiter eine umsichtige und verantwortungsbewusste Finanzpolitik. Dies ein Appell sowohl an uns Parlamentsmitglieder als auch an den Gemeinderat.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Auch die SVP-Fraktion zeigt sich über den guten Rechnungsabschluss 2007 hoch erfreut. Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihren Einsatz. Gerne nehmen wir das neue Eigenkapital von 12 Millionen Franken zur Kenntnis. Im Personal- und Sachaufwand ist das Budget unterschritten worden. Hier haben die Finanzstrategie und das Sparpaket des Gemeinderates gegriffen. Wir haben jeweils kritisiert, dass für den Ausgleich der laufenden Rechnung die Einnahmen von ausserordentlichen Erträgen gebraucht wurden. In der Rechnung 2007 ist dies zum ersten Mal seit langer Zeit nicht mehr der Fall. Die Genehmigung einer solchen Rechnung ist schön. Rechnungsgenehmigungen sind jedoch immer "Schnee von gestern". Aus diesem Grund warten wir gespannt auf das Budget 2009.

Die SVP-Fraktion hatte in den letzten Jahren einige finanzpolitische Ziele. Das Ziel des Abbaus des Bilanzfehlbetrags ist erreicht. Auch das Ziel der Bildung von Eigenkapital in der Höhe von zwei bis drei Steuerzehnteln betrachten wir als erreicht. Am Ziel der Sicherstellung der Werterhaltung der gemeindeeigenen Infrastruktur – ohne Goldrand aber nachhaltig – arbeitet der Gemeinderat. Sind die drei obgenannten Ziele erreicht, kann die Steuersenkung erfolgen. Hier sehen wir vor allem die Senkung des Steuerfusses von 1,54 auf 1,45. Der Erhöhung zur Sanierung des Finanzhaushalts hatte die Stimmbevölkerung im Jahr 2003 mit der Aussicht zuge-

stimmt, dass eine Senkung erfolgt, wenn die finanziellen Verhältnissen wieder besser sind. Wir warten gespannt auf das Budget 2009 und erwarten vom Gemeinderat zumindest eine Budgetvariante mit Steuersenkung.

Die SVP-Fraktion stimmt der Gemeinderechnung 2007 einstimmig zu und nimmt teilweise zustimmend Kenntnis vom Finanzplan.

Daniel Oester (jfk): Minus 19, minus 12, minus 6, minus 13, minus 2, minus 2, plus 12. Es handelt sich hier nicht um die Temperaturprognose für den kommenden Winter, sondern um die ordentlichen Ergebnisse der Gemeinderechnungen der letzten sieben Jahre. Für einmal gibt es nicht ein verflixtes siebtes Jahr, sondern ein schönes, fettes. Hoffen wir, dass dieser Zyklus nicht wieder von vorne beginnt, sondern dass wir erst am Anfang der sieben fetten Jahre stehen. Für dieses positive siebte Jahr könnte ich als liberaler Politiker ganz einfach die hervorragende Verfassung der schweizerischen Wirtschaft verantwortlich machen. Ganz so einfach geht es aber nicht. Dem Gemeinderat und Gemeindepräsident Luc Mentha gebührt ein grosses Lob für die in den letzten Jahren betriebene Standortpolitik. Dank dem Zuzug von mehreren grösseren Firmen konnte der Steuerertrag deutlich gesteigert werden. Ich lobe auch die hohe Ausgabendisziplin im 2007. Der Personal- und der Sachaufwand, die Passivzinsen; fast alles ist unverändert geblieben. Schlussendlich konnten die langfristigen Schulden um 10 Millionen Franken reduziert werden. So weit so gut oder eben doch nicht ganz. Das positive Ergebnis kommt für mich einige Jahre zu spät. Hier geht es nicht darum, jemandem Vorwürfe zu machen, sondern ganz einfach um die Betrachtung des Wirtschaftszyklus. Wir stehen voraussichtlich am Ende eines positiven Wirtschaftszyklus. Wie stark der Abschwung sein wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Es ist uns in diesem Zyklus nur einmal (im Jahr 2007) gelungen, ein positives Ergebnis auszuweisen und Schulden abzubauen und wenn wir an die nachfolgenden Generationen denken, reicht das nicht. Insbesondere in den folgenden Bereichen sehe ich immer noch einen Rückstand auf die Marschtabelle: Wie bereits einige Male gehört, stehen wir immer noch in der Schuld gegenüber unseren Steuerzahlenden. Die versprochene Steuersenkung muss nun Tatsache werden. Der Investitionsrückstand¹ ist massvoll und punktuell zu erhöhen und gleichzeitig gilt es die hohe Ausgabendisziplin beizubehalten. Die in der Finanzplanung abgebildeten kumulierten Mehrausgaben in den nächsten zwei Jahren im Sachaufwand von 5 Prozent und im Personalaufwand von 12 Prozent, sind für mich nicht akzeptabel. Es kann nicht sein, dass der finanzielle Handlungsspielraum bereits im ersten Jahr mit Gewinn wieder aufgegeben wird. Zudem sind einmal erhöhte Ausgaben schwer wieder rückgängig zu machen. Bei den laufenden Ausgaben ist die Konsolidierung aus meiner Sicht konsequent weiter zu verfolgen. Wir sollten uns darauf konzentrieren, endlich Handlungsschwerpunkte zu identifizieren und dort mit einmaligen Investitionen möglichst langfristigen Nutzen zu erzielen, ohne aber die wiederkehrenden Kosten zu stark zu erhöhen. In diversen Gemeinderatings im Kanton Bern rangiert die Gemeinde Köniz immer in der Spitzengruppe. Bei einem Blick über die Kantonsgrenzen hinaus sind wir – entschuldigen Sie den etwas hemdsärmlichen Vergleich – ein Einäugiger unter Blinden. Im letzten Bilanzranking hat die Zeitschrift "Bilanz" 128 Städte untersucht. Die "Stadt" Köniz ist auf dem 80. Rang gelandet, beim Steuervergleich sogar nur auf dem 115. Im Gegensatz dazu sind wir, was den Vergleich im öffentlichen Verkehr angeht, auf Platz 7. Hier wird sehr gut aufgezeigt, wo in erster Linie Handlungsbedarf besteht. Ich habe mich in den vergangenen Monaten bezüglich Steuersenkung immer sehr zurückhaltend gezeigt, insbesondere bei den Hochrechnungen für das Jahr 2007, die ein ganz anderes Bild als den bestehenden Jahresabschluss aufgezeigt haben. Mit dem vorliegenden Abschluss und der gleichzeitigen massiven Erhöhung der Ausgaben in der Finanzplanung kann ich aber nicht mehr auf meinem Standpunkt beharren. Es geht um die Glaubwürdigkeit von uns als Parlament. Es ist gut möglich, dass auch die rechte Parlamentsseite dereinst wieder einmal einer Steuererhöhung zustimmen muss. In solchen Situationen muss das Parlament dann beweisen können, dass mögliche Steuersenkungen zum frühest möglichen Zeitpunkt vorgenommen worden sind. In diesem Sinn werde ich als Vertreter der Jungfreisinnigen der Gemeinderechnung 2007 und der Bestandesrechnung "mit Applaus" zustimmen; den überarbeiteten Finanzplan aber in aller Deutlichkeit ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Valentin Lagger (CVP): Ich reagiere auf das Votum von Christoph Salzmann. Ich habe das Protokoll der GPK-Sitzung abgeschrieben. In dem Sinn habe ich nichts moniert oder irgendwel-

¹ An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

che Stellungnahmen abgegeben, sondern das gesagt, was im GPK-Protokoll festgehalten ist. Weil heute Abend damit politisiert wird, halte ich zur Entwicklung des Sachaufwands Folgendes fest: Richtig ist die Feststellung, dass offensichtlich das Sparprogramm des Gemeinderates im vergangenen Jahr gegriffen hat. Auf Folie Nr. 9 der sehr guten Präsentation ist aufgeführt, dass im Jahr 2002 der FILAG (Finanz- und Lastenausgleich) in Kraft getreten ist und damit der Langfristvergleich ab 2001 bis heute nicht sehr aussagekräftig ist, wohl aber jener ab 2002.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich beantworte einzelne aufgetauchte Fragen und ziehe danach Bilanz aus der Sicht des Gemeinderates. Zu den Rückstellungen für Steuerteilungen: Wir können Ihnen keine aktualisierten Zahlen abgeben. Wir übernehmen bei den Rückstellungen jeweils jene Zahlen, die wir durch den Kanton übermitteln erhalten. Die finanziell bessere Situation der Gemeinde Köniz wird mit Sicherheit zu höheren Abgaben in den FILAG führen. Betreffend der vom Kanton Bern nicht übernommenen Mehrkosten der Kinderkrippen und der Beschwerde, die vom Regierungsrat abgelehnt wurde, ist festzuhalten, dass wir den Gang ans Bundesgericht prüfen, weil wir der Meinung sind, dass hier nicht richtig entschieden worden ist. In Bezug auf das Eigenkapital weise ich Sie auf Folgendes hin: Im Quervergleich mit anderen Gemeinden ist unser Eigenkapital mit etwa zwei Steuerzehnteln eher bescheiden. Zur Kenntnis genommen habe ich, dass die SVP eine Budgetvariante 2009 mit Steuersenkung wünscht.

Die Gesamteinschätzung des Rechnungsergebnisses: Wir blicken auf ein sehr erfreuliches Rechnungsjahr 2007 zurück, das wurde von verschiedenster Seite erklärt. Es handelt sich um den besten Rechnungsabschluss seit 1988. Es handelt sich um den fünften Rechnungsabschluss in Folge, der vor Abschreibung des Bilanzfehlbetrages mit einem Überschuss abschliesst. Es handelt sich, wie der Fraktionssprecher der SVP richtig sagte, um den ersten Jahresabschluss seit langem, bei welchem wir ohne Berücksichtigung von Neubewertungen und Veräusserungen von Liegenschaften einen Überschuss ausweisen dürfen. Man kann und darf sagen, dass ungefähr die Hälfte des erfreulichen Ergebnisses von der positiven Konjunkturlage mitgetragen wird. Wir haben bereits im Kommentar zur Rechnung 2007 darauf hingewiesen. Ich kann aber erfreut feststellen, dass anerkannt wird, dass die Exekutive und die Verwaltung mit einer verantwortungsvollen Ausgabenpolitik, aber auch mit erfolgreichen Sanierungsanstrengungen die Ausgaben im Griff haben. Die Hälfte der Verbesserung des Rechnungsergebnisses kann darauf zurückgeführt werden. Der Gemeinderat ist über diese Tatsache erfreut, stolz und dankbar. Wir sind insbesondere unseren Partnerorganisationen dankbar, die namentlich im Sozialbereich Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen und wesentlich bessere Jahresabschlüsse präsentieren konnten. Aber, Köniz ist kein Schlaraffenland. Wir können uns auch jetzt nicht alles leisten. Wir müssen auf dem Boden der Realität bleiben, denn es bestehen gewisse finanzpolitische Risiken: Wir wissen nicht, wie sich die internationale Kreditkrise letztendlich auf die schweizerische Volkswirtschaft auswirken wird. Wir haben bereits Unsicherheiten bei der Konjunktur. Wir stellen ein deutliches Ansteigen der Teuerung fest. Die Steuergesetzesrevision des Kantons Bern wird ab 2009 wirken. Wir gehen davon aus, dass die Steuerpflichtigen in der Gemeinde Köniz 4 Millionen Franken weniger Steuern bezahlen. Auf Bundesebene ist eine Reform der Ehegattenbesteuerung in Vorbereitung, die auch gewisse Auswirkungen haben wird. Gegenwärtig ist das FILAG-Gesetz in einer grossen Überprüfung; ein Bericht mit verschiedenen neuen Modellen wurde in die Vernehmlassung gegeben. Erste Szenarien führen zur Berechnung, dass wir per Saldo rund 0,1 – 0,3 zusätzliche Steuerzehntel in den FILAG entrichten müssten. Diese Berechnungen müssen in Wert und Unwert zur Kenntnis genommen werden, ich subsumiere sie unter "finanzpolitische Risiken". Die Passivzinsen sind immer noch vorteilhaft und wir sind uns offensichtlich quer durch alle Parteien einig, dass im Investitionsbereich beim Unterhalt der gemeindeeigenen Infrastruktur grosser Nachholbedarf besteht. Wir sind uns auch alle bewusst, dass die Abschreibungssätze in den nächsten Jahren wieder bis auf die gemäss Gemeindegesetz vorgeschriebenen 10 Prozent angehoben werden. Aus diesem Grund äussere ich mich heute nicht zur Frage der Steuersenkung. Der Gemeinderat will alle Risiken und alle Optionen seriös prüfen. Die Marschrichtung für den Gemeinderat wird durch die aktualisierte Finanzstrategie vorgegeben, die wir Ihnen zur Kenntnis gegeben haben. Das sind unsere Ziele, daran wollen wir uns messen. Der Gemeinderat will ganz generell in die Standortattraktivität der Gemeinde Köniz investieren, zugunsten der Einwohnenden, zugunsten von neu Zuziehenden und zugunsten der in unserer Gemeinde tätigen Unternehmen. Der Gemeinderat will sicher keine finanzpolitischen Abenteuer provozieren und kein "Hüst und Hott". Der Budgetprozess 2009 läuft. Im November 2008 werden wir aufzeigen, wie der wieder ge-

wonnene Handlungsspielraum genutzt werden soll, ohne dass der Finanzhaushalt erneut destabilisiert wird.

Detailberatung

Seite 112

Ignaz Caminada (CVP): Ich stelle die Frage, ob ich als Laienpolitiker auf irgendeine Art den berühmten Steuerzehntel ausrechnen kann. Welchen Betrag muss ich durch 1,54 dividieren?

Gemeindepräsident Luc Mentha: Finanzverwalter Rolf Messerli erklärt, dass ein Steuerzehntel rund 6 Millionen Franken ausmacht. Das ist jedoch von vielen Faktoren abhängig. Wir können Details nachliefern, die Frage aber nicht heute abend detailliert beantworten.

Beschluss

Die Gemeinderechnung 2007, die bei Erträgen von Fr. 192'276'674.42 und Aufwendungen von Fr. 179'939'255.63 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 12'337'418.79 abschliesst, wird genehmigt.

(abgegebene Stimmen: einstimmig)

Beschluss

Die Bestandesrechnung, die per 31. Dezember 2007 mit Aktiven und Passiven von je Fr. 247'236'889.53 abschliesst, wird genehmigt.

(abgegebene Stimmen: einstimmig)

Beschluss

Der per April 2008 überarbeitete Finanzplan des Gemeinderates für die Periode 2009-2013 wird zur Kenntnis genommen.

(abgegebene Stimmen: 14 zustimmend, 11 teilweise zustimmend, 11 ablehnend)

4. Verwaltungsbericht 2007

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Martin Graber: Der Verwaltungsbericht und "Köniz in Zahlen" werden gemeinsam, geordnet nach Direktionen beraten. Zuerst erhält jeweils der GPK-Sprecher oder die GPK-Sprecherin das Wort, danach das zuständige Gemeinderatsmitglied und anschliessend die Parlamentsmitglieder.

GPK-Präsident Stefan Lehmann (SVP): Die GPK hat wie jedes Jahr den Verwaltungsbericht zum Anlass genommen, ausgedehnte Verwaltungsbesuche zu absolvieren. Die Resultate der Verwaltungsbesuche sind den Parlamentsmitgliedern in Form der vertraulichen Protokolle zugesandt worden. Die GPK hofft, dass mit dem Vorhandensein der Protokolle viele Fragen zum Verwaltungsbericht bereits beantwortet sind. Die GPK-Referentinnen und -referenten werden die Highlights der Verwaltungsbesuche präsentieren. Mein Fazit aus den Verwaltungsbesuchen: Wir verfügen über eine gute Verwaltung mit leistungswilligem Personal unter der Führung eines engagierten Gemeinderates. Im Namen der GPK möchte ich dem Gemeinderat dafür danken und ihn bitten, diesen Dank an die Verwaltung weiterzuleiten. Danken möchte ich auch meinen GPK-Kolleginnen und -Kollegen für ihren grossen Einsatz. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Verwaltungsbericht 2007 zu genehmigen.

Direktion Planung und Verkehr (DPV)

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Die Highlights: Auf dem Areal der alten Migros ist das Projekt "Am Hof" durch Einsprachen blockiert, was im besten Fall ein Jahr dauern kann, eventuell länger.

Die Direktion hat uns weiter über den Planungsstand der Projekte Ried in Niederwangen, Rappentöri und das Schlossareal Köniz informiert.

Die Ortsplanungsrevision mit einem Planungskredit von rund 1 Million Franken wird dem Parlament in diesem Herbst vorgelegt.

Wir wurden über den Stand der Qualitätssicherung in der Planungsabteilung orientiert. Das Vieraugenprinzip funktioniert.

Das Reklamereglement wird momentan durch den Gemeinderat bereinigt.

Wir wurden darüber informiert, dass der Lehnenviadukt in Wabern dringend saniert werden muss. Dafür müssen rund 1,5 bis 2 Millionen Franken eingesetzt werden.

Ausserdem erhielten wir Informationen über diverse Visionen im öffentlichen Verkehr.

Das Jahr 2007 war in der DPV eher ruhig. Viel Arbeit wurde im Hintergrund geleistet. Grosse Projekte sind jedoch in Planung. Ich danke der Vorsteherin Gemeinderätin Katrin Sedlmayer und ihren Mitarbeitenden für Ihren Einsatz.

Claudia Egli (SP): Auf Seite 48 im Verwaltungsbericht steht, dass die Planungsarbeiten für den Versuchsbetrieb der neuen Busverbindung Niederwangen–Ausserholligen an die Hand genommen werden konnten. Es handelt sich um eine Buslinie, die fast parallel zur Bahnlinie hauptsächlich auf der Freiburgstrasse verläuft. Bereits mehrmals wurde jedoch darauf hingewiesen, dass keine solchen Parallellinien mehr neu in Planung genommen werden. Die beiden Türme beim Bahnhof Niederwangen sind dafür geplant worden, dass Benützer des öffentlichen Verkehrs einfacher in das Gebiet Juch/Hallmatt gelangen. Wenn nun zu lesen ist, dass der Shuttle-Bus zum Bauhaus, der zu Beginn gut frequentiert war, jetzt aber nicht mehr, und wenn bekannt ist, dass das Bauhaus hauptsächlich von Autofahrenden frequentiert wird, ist die Realisierung einer solchen Parallellinie in meinen Augen nicht unbedingt zwingend.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Parallellinie erschliesst nicht nur das Bauhaus, sondern mehrere Industriebetriebe, die bisher auf privater Basis erschlossen waren, mit einem öffentlichen Versuchsbetrieb von drei Jahren. Wenn der Versuchsbetrieb aufzeigt, dass diese Linie von zu wenigen Fahrgästen frequentiert wird, wird sie nicht weitergeführt.

Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)

GPK-Referent Valentin Lager (CVP): Die Auslagerung der Pensionskasse in eine selbstständige Institution wurde eingehend diskutiert. Die Arbeiten dazu sind auf gutem Weg und die Auslagerung wird per 1. Januar 2009 erfolgen. Wichtig in dieser komplexen Materie erscheint uns, dass klar und transparent informiert wird. Es kursieren Gerüchte, dass es bei der Auslagerung der Pensionskasse in eine selbstständige Institution gleichzeitig um einen Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat gehe. Das ist aber nicht der Fall.

Wir haben die neue Darstellung des Verwaltungsberichts ausgiebig diskutiert. In der GPK war man sich bald einig, dass der Verwaltungsbericht ab nächstem Jahr gemäss dem IAFP, d. h. entlang den Produktgruppen gegliedert werden soll. Es soll eine Darstellung gewählt werden, bei welcher die Zielsetzung ersichtlich ist und was davon erreicht wurde, allenfalls mit einer kurzen Begründung.

Stabsstelle Rechtsdienst: Wir haben nachgefragt, wie die Überprüfung eines Gesetzestextes erfolgt. Bei diesen Prüfaufträgen geht es insbesondere darum, zu prüfen, ob das übergeordnete Recht eingehalten wird. Zudem wird geprüft, ob neu geschaffenes Recht mit dem in der Gemeinde bestehenden Recht kompatibel ist.

Dienstzweig EDV und Technik: Die IT-Kosten sind im Griff, diese erfreuliche Tatsache besteht bereits seit einigen Jahren. Für die IT-Kosten besteht kein eigentlicher Benchmark, das IZ Kőniz-Muri kann aber als preiswert qualifiziert werden.

Personalabteilung: Die Fluktuationsrate war 2007 sehr hoch. Gründe dafür sind unter anderen Pensionierungen und abgelaufene befristete Verträge. Als Gründe für den Stellenwechsel werden vermutet: bessere Konjunktur und damit bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, höhere Löhne und ein vielfältigeres Aufgabengebiet in anderen Stellen und eine zu grosse Arbeitsbelastung bei der Gemeindeverwaltung. Massnahmen zur Reduktion der hohen Fluktuation sind erarbeitet worden und zum Teil umgesetzt. Weitere Massnahmen werden im Rahmen der Personalstrategie erarbeitet. Der Gemeinderat plant dazu einen Workshop mit Parlamentsmitgliedern im August 2008, was sehr zu begrüssen ist. In diesem Workshop soll über Stärken und Schwächen der bestehenden Personalregelungen diskutiert werden. Schliesslich hat die GPK den Wunsch geäussert, dass bei der Anpassung von sieben auf fünf Direktionen gewisse unlogische Organisationsstrukturen korrigiert werden. Einen herzlichen Dank an den Vorsteher der

DPF, Gemeindepräsident Luc Mentha, und an seine Mitarbeitenden für die gute Arbeit und die hervorragende Betreuung während des Verwaltungsbesuchs.

Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich gebe den Dank gerne zurück an alle GPK-Mitglieder, im Speziellen aber an Valentin Lagger. Ich habe, wie alle Mitglieder der Exekutive, den Eindruck gewonnen, dass die GPK die Aufgabe der Verwaltungskontrolle für die Prüfung des Verwaltungsberichts sehr ernst nimmt. Die Protokolle der Verwaltungsbesuche sind sehr aufschlussreich. Ich greife zwei Themen auf: Auslagerung der Pensionskasse: Wir waren und sind uns bewusst, dass Vermutungen und Gerüchte kursieren. Deshalb haben wir entschieden, die Auslagerung der Pensionskasse von der Beantwortung des parlamentarischen Vorstosses 0207 "Ausgliederung der Pensionskasse in eine selbstständige Körperschaft" zu trennen. Der Vorstoss verlangt eine Beurteilung über die Vor- und Nachteile, die eine Verselbstständigung zur Folge hätte. Wir werden uns gezwungen sehen, eine Fristerstreckung zu beantragen. Wir wollen bewusst zuerst das eine erledigen und dann das andere angehen, damit keine Verwechslungen entstehen.

Im IZ Köniz-Muri sind tatsächlich die "total costs of ownership" im Jahr 2007 wiederum gesunken. Wir werden die genauen Zahlen dazu noch veröffentlichen. Wir haben gewisse Benchmarks, namentlich in Bezug auf die kantonale Verwaltung.

Mark Stucki (FDP): Ich bedanke mich ganz herzlich für die grosse Arbeit, die sich im Verwaltungsbericht widerspiegelt. Einerseits für die Arbeit von Verwaltung und Exekutive, andererseits aber auch für die Arbeit der GPK, die mit der Verwaltungskontrolle beauftragt ist. Verwaltungskontrolle ist eine sehr wichtige, aber nicht unbedingt dankbare Tätigkeit. Eine Bemerkung zur DPF: Bei der Neukonzipierung des Verwaltungsberichts ist eine Orientierung an Zielen, das Berichterstaten über die Erreichung der Ziele und eine Struktur gemäss IAFP sehr wichtig. Die neue Struktur wird die Lesbarkeit des Verwaltungsberichts gerade für Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier massiv erhöhen und den Konnex zur Finanzpolitik ermöglichen. Eine kleine Bemerkung zum bestehenden Verwaltungsbericht: Es würde sich in Zukunft lohnen, die Prosatexte redaktionell zu überarbeiten, die Qualität ist nicht überall ganz gleich hoch.

Direktion Bildung und Soziales (DBS)

GPK-Referent Christoph Salzmann (SP): Die KSF und die GPK haben sich in diesem Frühjahr intensiv mit der DBS befasst und dabei sind stolze 24 Seiten Protokoll zustande gekommen. Auch hier danke ich dem Vorsteher Gemeinderat Ueli Studer, den Abteilungsleitungen und allen Mitarbeitenden für ihren engagierten und kompetenten Einsatz und ihre Offenheit. Die Gespräche waren sehr interessant. Den Bericht und die Zusammenfassung der 24 Seiten Protokoll haben Sie gelesen. Hier halte ich drei Höhepunkte fest, die in meinen Augen im politischen Brennpunkt stehen. Eigentlich ist das Datum 31.12.2007 ein willkürlicher Schnitt, weil besonders in dieser Direktion Arbeiten bereits begonnen haben und Arbeiten weitergehen. Es ist deshalb schwierig, bestimmte Tätigkeiten nur auf ein Jahr beschränkt zu betrachten.

Zuerst greife ich das Thema Sozialmissbrauch auf: Der Beizug der Expertin Frau Lanker war mutig. Er hat jedoch bestätigt, dass die Dossiers in der Sozialberatung sorgfältig bearbeitet werden und dass das interne Kontrollsystem funktioniert. Die wenigen Detailverbesserungsvorschläge werden von der Verwaltung ernsthaft geprüft und angegangen, das wurde uns versichert. Gespannt warten wir auf die Ergebnisse des Pilotversuchs mit den SozialinspektorInnen, der bereits im Jahr 2007 aufgegleist worden ist.

Die Zusammenarbeit bei der familienexternen Kinderbetreuung mit Privaten und anderen Gemeinden hat offenbar Früchte getragen. Der Kanton hat der Gemeinde Köniz dadurch verhältnismässig viele Plätze zubilligen können. Trotzdem, die Warteliste und vor allem die Wartefristen sind imposant. 15 Monate auf einen Platz zu warten, ist mehr als das eineinhalbfache einer Schwangerschaft.

Die Integration von Jugendlichen und Sozialhilfeempfangenden ist eine wichtige Aufgabe unserer Gemeinde. Im Jahr 2007 wurde hier einiges aufgegleist: Dem Projekt "fractio" ist Erfolg zu wünschen. Das Zusammengehen mit der Gemeinde Bern im Projekt "inizio" (Vermittlung und Coaching von Lehrstellensuchenden) ist der richtige Weg, weil der Lehrstellenmarkt regional und nicht nur kommunal funktioniert.

Claudia Egli (SP): Im Verwaltungsbericht auf Seite 63 steht, dass in Wabern neu das spezielle Sekundarschulniveau angeboten wird. Es wäre nichts als konsequent, wenn überall, wo nach dem Modell Manuel unterrichtet wird, das spezielle Sekundarschulniveau angeboten würde. Die Sekundarschüler aus der oberen Gemeinde müssen zum Teil grosse Schulwege in Kauf nehmen, wenn sie den Unterricht in speziellen Sekundarschulniveaus besuchen wollen. Diese weiten Schulwege haben für die Eltern Fahrkosten für den öffentlichen Verkehr und für die auswärtige Verpflegung zur Folge.

Ursula Wyss (Grüne): Als Mitglied der KSF habe ich besonders die DBS näher betrachtet. In der Fraktion haben wir den gesamten Verwaltungsbericht geprüft. Zwei Neuerungen sind uns aufgefallen. Die eine ist die systematische Auflistung der Zielerreichung. Das ist gut und hilft beim Lesen und Verstehen des Verwaltungsberichts enorm. Die andere ist der Ausblick auf das folgende Jahr. Auch diese Neuerung ist sehr gut. Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung ganz herzlich für die professionelle Arbeit während des Jahres.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich nehme die Anregung von Claudia Egli auf.

Direktion Gemeindebauten (DBA)

GPK-Referentin Stephanie Staub (SP): In der DBA sind wir von Gemeinderätin Judith Ackermann und den drei Co-Leitern Daniel Hofstetter, Urs Küenzi und Hannes Wyss begrüsst worden. Sie haben unsere Fragen ausführlich und kompetent beantwortet. Die DBA hat zahlreiche Querschnittsaufgaben wahrzunehmen und ist mitverantwortlich für viele Aufgaben und Projekte in anderen Direktionen. Das gute Arbeitsklima in der DBA wirkt sich bestimmt auch positiv auf die Zusammenarbeit mit den anderen Direktionen aus.

Hier ein kurzer Überblick: Die Gemeinde Köniz hat im Berner Minergie-Rating erneut einen Spitzenplatz erreicht; den 3. Rang in der Kategorie grosse Gemeinden. Die Abteilung Gemeindebauten hat im Bereich Energie und Ökologie ihren Beitrag dazu geleistet. In diesem Zusammenhang mache ich darauf aufmerksam, dass den Protokollen der GPK-Verwaltungsbesuche eine Energiebuchhaltung angehängt ist. Hier ist zu lesen, dass der Energieverbrauch für die Raumwärme der 17 Könizer Schulen trotz Vergrösserung der beheizten Fläche um über 10 Prozent gesenkt worden ist. Konsequentes Bauen, Erweitern und Sanieren in Minergie-Bauweise sowie neue Heizsystemanlagen haben ebenfalls zu dieser Reduktion beigetragen. Mit dem Wärmeverbund im Spiegel konnte in Zusammenarbeit mit der Burgergemeinde Bern, der Kirchgemeinde sowie der Gemeinde Köniz erstmals eine so grosse Holzschnitzanlage mit einer Leistung von 550 Kilowatt realisiert werden. Holz wird auf diese Weise CO₂-neutral und kostendeckend entsorgt. Ein Landwirt betreut die Anlage im Nebenerwerb. Die Feierabendgespräche der KMU werden rege besucht. Auch hier verweise ich auf die Protokolle der Verwaltungsbesuche, wo unter anderem die Regelungen für die Vergabepaxis enthalten sind.

Das Projekt "Gebäudedokumentation" konnte erfolgreich gestartet werden. Erste Priorität ist das Sichern des Wissens der einzelnen Projektverantwortlichen und eine übersichtliche Dokumentation. Priorität zwei ist ein Erkenntnisgewinn für die Planung von Sanierungen.

Für den Unterhalt und die Sanierung der 20 Schulanlagen und 21 Kindergärten sind folgende Mittel budgetiert worden: Für das Jahr 2006 900'000 Franken, für 2007 865'000 Franken. Damit sind im 2006 800 und im 2007 850 Einzelaufträge erledigt worden. Für effektive und nachhaltige Unterhaltsarbeiten an den verschiedenen Gebäuden blieb deshalb jeweils nur ein geringer Budgetbetrag übrig. Im Unterhaltsbereich, vorwiegend bei Schulanlagen, bleibt somit wenig Spielraum für Wünschbares. Deshalb möchte ich eine Lanze für die DBA brechen und im Hinblick auf das gute Rechnungsergebnis 2007 auf das gross gedruckte Zitat im Verwaltungsbericht 2006 hinweisen: "Erhalt von Bauwerken, eine Investition in die Zukunft."

Im Moment sind 25 Projekte in Planung und Ausführung. Im Jahr 2008 können sehr interessante Anlagen an ihre Benutzer übergeben werden: das Schulmuseum im Haberhuus, neue Fenster im Schulhaus Niederwangen, das neue Kunstrasenfeld im Steinhölzli und im Herbst die neue Wache für Police Bern.

Die flächendeckende Überprüfung der Sicherheit von Spielplätzen bei Kindergärten und Schulanlagen ist in Arbeit. Die daraus entstehenden Sanierungsmassnahmen werden in Zusammenarbeit mit der DUL (Direktion Umwelt und Landschaft) und der DBS umgesetzt.

Im Namen der GPK und des Parlaments möchte ich der DBA herzlich für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen, die gute und konstruktive Arbeit zugunsten unserer Gemeinde danken.

Gemeinderätin Judith Ackermann: Dass die Direktionen einmal im Jahr "von aussen" betrachtet werden, ist in meinen Augen richtig und wichtig. Damit besteht die Möglichkeit, sich kritisch zu hinterfragen und Schwachpunkte zu finden. Das ist der GPK-Delegation gelungen. Ich danke Stephanie Staub und Hansueli Pestalozzi für den Besuch unserer Direktion und für die konstruktive Zusammenarbeit.

Direktion Gemeindebetriebe (DBE)

GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne): Zusammen mit Valentin Lagger habe ich die DBE besucht. Ich bedanke mich herzlich für das sehr interessante Gespräch und die äusserst kompetenten Antworten sowie für die Geduld uns zwei "Neulingen" gegenüber. Ich bitte Gemeinderat Urs Wilk und Abteilungsleiter Christian Flühmann den Dank an die Mitarbeitenden weiterzuleiten. Die geleistete Arbeit ist hervorragend und qualitativ hochwertig.

Einige Schwerpunkte: Im Jahr 2007 mussten relativ viele Kündigungen zur Kenntnis genommen werden. Im Dienstzweig Vermessung ist immer noch eine Vakanz zu verzeichnen. Der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet, in der Schweiz sind in diesem Bereich viele Stellen unbesetzt. Potenzielle Bewerber haben unter anderem aus örtlichen Gründen nicht zugesagt, aber auch weil bessere Stellenangebote vorhanden waren und der Lohn als zu tief empfunden wurde. Die Gemeinde ist hier dazu aufgerufen, eine gute Arbeitgeberin zu bleiben.

Wir haben über die Erneuerung der Wasserkonzession Selhofen-Zopfen gesprochen, die nach wie vor durch Einsparungen blockiert ist.

In Zukunft wird uns die Finanzierung der Abwasserentsorgung beschäftigen. Dafür müssen der Spezialfinanzierung mehr Mittel entnommen werden als eingehen. Gegenwärtig sind mit gegen 15 Millionen Franken zwar noch genügend Mittel vorhanden. Für eine nachhaltige Finanzierung muss aber mittelfristig mit einer Gebührenerhöhung gerechnet werden.

Momentan wird abgeklärt, ob die umfangreichen sich im Besitz der Gemeinde befindenden Geodaten der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die Möglichkeit, Geodaten direkt abzurufen, würde unter anderem die Arbeit von uns Parlamentsmitgliedern erleichtern.

Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Gasliefervertrag mit der Stadt Bern bereits seit fünf Jahren gekündigt ist. Energie Wasser Bern möchte seit längerem einen neuen Vertrag, fordert aber einen deutlich höheren Gaspreis als z. B. die Gemeinde Muri bezahlt. Die Gemeinde Köniz fordert ein besseres Angebot und so lange dies nicht der Fall ist, wird der alte Vertrag jeweils provisorisch verlängert.

Zum Schluss erwähne ich das spannende Projekt "Wasserversorgung in Notlagen". Sollte die Wasserversorgung ausfallen, muss die Bevölkerung spätestens ab dem vierten Tag nach Ausfall mit Wasser versorgt werden. Dazu haben die Gemeindebetriebe einen Plan ausgearbeitet, wo im Detail festgelegt wird, an welcher Hausecke für wie viele Personen wie viel Wasser mit welchen Tankfahrzeugen geliefert wird. Mit den Tankfahrzeughaltern werden Verträge abgeschlossen, damit diese dann auch zur Verfügung stehen.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Auch ich danke den GPK-Mitgliedern für ihren Besuch bei der DBE. Es ist für mich jeweils sehr interessant zu hören, wie man von aussen wahrgenommen wird. Ich werde den Dank sehr gerne an meine Mitarbeitenden weiterleiten.

Direktion Sicherheit (DSI)

GPK-Referent Thomas Herren (FDP): Zusammen mit Stephanie Staub habe ich die DSI besucht. Für mich war der Verwaltungsbesuch eine Premiere. Während der eineinhalb Stunden habe ich sehr viele Informationen erhalten, das kann dem Protokoll entnommen werden. Ich spreche an dieser Stelle meinen herzlichen Dank für die sehr informativen, nützlichen und offenen Gespräche aus und für die Arbeit, die während des ganzen Jahres dahinter steckt. Ich bitte darum, diesen Dank weiterzuleiten.

Als Schlaglichter erwähne ich zuerst die Badeanlage Weiermatt. Hier kommt klar zum Ausdruck, dass sich die öffentliche Infrastruktur in mehreren Spannungsfeldern befindet. Das eine sind die nicht beeinflussbaren meteorologischen Verhältnisse. Im Jahr 2007 waren diese

schlecht und wir hoffen auf ein besseres 2008. Ein anderes, politisch wichtigeres Spannungsfeld betrifft einerseits die Gewährleistung der Sicherheit in der Badeanlage und andererseits die Eigenverantwortung der Nutzerinnen und Nutzer. Ein drittes Spannungsfeld sind die Freizeitgestaltung und die Erwartungen an diese. Wir haben darüber diskutiert, ob die gewählte Darstellung im Verwaltungsbericht sachgerecht ist. Ich habe hier meine Zweifel und diese auch zum Ausdruck gebracht. Ich bin der Meinung, dass es in die politische Verantwortung gehört, Befunde aus den Spannungsfeldern aufzunehmen und Lösungsansätze aufzuzeigen.

Intensiv haben wir die Tätigkeit der Einbürgerungskommission betrachtet. Im Verwaltungsbericht kommt zum Ausdruck, dass 37 Gesuche behandelt worden sind. Die Gesuchstellerinnen und -steller werden jeweils von einem Ausschuss der Einbürgerungskommission angehört. Gemäss meinen Recherchen in der "Verordnung über das Einbürgerungsverfahren" habe ich festgestellt, dass es diesen Ausschuss eigentlich gar nicht gibt. Weil das übergeordnete Recht des Kantons aber offen lässt, wie eine Gemeinde die zur Beurteilung der Gesuche notwendigen Informationen und Grundlagen erheben muss, erachte ich die vorgenommenen Befragungen durch diesen Ausschuss als durchaus sachgerecht. Dieses Vorgehen muss aber explizit und umfassend in der Verfahrensregelung dargestellt werden. Das Einbürgerungsverfahren ist in meinen Augen eine zu wichtige Angelegenheit, als dass die Gemeinde Köniz hier irgendwelche – und seien es noch so kleine – Angriffsflächen bieten darf. Ich bitte, mein Votum in diesem Sinn zu verstehen und nicht als juristische Rechthaberei.

Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich danke Thomas Herren und Stephie Staub für ihren Verwaltungsbesuch. Ich werde den ausgesprochenen Dank gerne an meine Mitarbeitenden weiterleiten. In Bezug auf die Einbürgerungskommission nehme ich wie folgt Stellung: Diese Frage habe ich durch den Rechtsdienst abklären lassen, und es wurde mir bestätigt, dass das Vorgehen der Gemeinde Köniz absolut korrekt und rechtlich in Ordnung ist. Die Einbürgerungskommission ist für die Vorbereitung der Einbürgerungen zuständig. Wie diese Kommission vorgeht, ist nirgends festgehalten. Die Verantwortung und die Kompetenz für Einbürgerungen liegen beim Gemeinderat.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Gemäss der Grafik auf Seite 49 von "Köniz in Zahlen" ist der Verkehr im Zentrum von Köniz stagnierend oder sogar leicht rückläufig. Ich bin sehr gespannt, ob dieser Trend lediglich kurzfristig ist oder ob er sich als langfristig erweisen wird. Auf Seite 76 sind die Verkehrskontrollen aufgeführt. Hier ist eine Erfolgsmeldung zu vermelden: Im Jahr 2007 haben mehr Geschwindigkeitskontrollen stattgefunden, die Übertretungen aber abgenommen. Mit automatischen Radarkontrollen wurden fast 4 Millionen Fahrzeuge kontrolliert und hier betrug die Übertretungsrate lediglich noch 0,4 Prozent. Die Verkehrsunfallstatistik belegt, dass sich die vermehrten Geschwindigkeitskontrollen positiv auf die Unfallstatistik auswirken. Im Jahr 2007 wurden so wenige Unfälle wie noch nie seit der Zahlenerhebung festgestellt. Fazit: Unsere Strassen sind sicherer geworden und infolge der vielen Kontrollen konnte die Gemeinde Köniz mit Police Bern günstige Bedingungen aushandeln. Ausserdem haben die Einnahmen aus Bussen um gegen 1 Million Franken zugenommen.

Direktion Umwelt und Landschaft (DUL)

GPK-Referent Christoph Salzmann in Vertretung des abwesenden Bernhard Bichsel: Es ist mir eine Ehre als Juniorpartner des sich in den Flitterwochen befindenden Bernhard Bichsel zu sprechen. Wir wurden bei der DUL herzlich empfangen und haben kompetente Auskünfte erhalten. Wer sich näher mit der DUL zu befassen hat, steht vielen technischen Fragen gegenüber. Ich gehe nicht auf die besprochenen Einzelheiten ein, die Ihnen in schriftlicher Form bereits vorliegen, sondern beschränke mich auf ein Stimmungsbild.

Die DUL hatte infolge Pensionierungen einen markanten Wechsel in der Führung zu bewältigen. Das ist, neben all der vielen Alltagsarbeit, sicher nicht einfach gewesen. Die DUL ist noch jung, aber ich habe den Eindruck, dass sie bereits ein Gesicht erhalten hat. Sie wird in der politischen Öffentlichkeit, aber auch hier im Parlament, gut wahrgenommen. Sie hat viele Querschnittsaufgaben zu bewältigen, vor allem in Zusammenarbeit mit der DPV und der DBA. Sie setzt sich für Umwelt- und Energiefragen ein, in meinen Augen durchaus auch hartnäckig. Auch wenn vieles technisch und in der Umweltpolitik durch übergeordnete Ebenen bestimmt ist, ist die Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Aufgabe der DUL.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich werde den Dank an meine Mitarbeitenden weiterleiten. Wie Christoph Salzmann richtig festgestellt hat, sind in der DUL viele Querschnittsaufgaben zu bewältigen. Wir tun dies aber gerne und sind an der Einschätzung von aussen stets interessiert.

Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne): In der Beilage "Köniz in Zahlen" ist mir aufgefallen, dass in Bezug auf den Energieverbrauch wenig Zahlenmaterial vorhanden ist. Ein guter Ansatz ist sicher die Energiebuchhaltung der gemeindeeigenen Schulhäuser, die leider nicht in "Köniz in Zahlen" enthalten, sondern nur in den Protokollen aufgeführt ist. Ein weiterer Ansatz ist die Tabelle auf Seite 85, die jedoch leider nur Prozentzahlen und Zahlen pro Energieart aufzeigt. Interessanter wäre in meinen Augen, wenn der Verbrauch absolut pro Direktion über die ganze Gemeinde dargestellt wäre. Ich könnte mir eine Art Gesamtenergiebilanz vorstellen, analog der Darstellung einer Finanzbilanz oder -Rechnung.

Fraktionssprecher Ueli Salvisberg (SVP): Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion den Dank global an alle Direktionen aus. Wir sind froh über das Hilfsmittel in Form des Verwaltungsberichts und haben diesen eingehend geprüft. Der Verwaltungsbericht widerspiegelt die Arbeit des Jahres 2007 bei der Gemeindeverwaltung.

Valentin Lager (CVP): Ich muss feststellen, dass ich einerseits als kritischer Geist betrachtet werde, andererseits werde ich jedoch nicht für fähig gehalten, objektiv über etwas zu berichten². Ich halte fest, dass eine andere, bessere Darstellung des Verwaltungsberichts nicht meine Idee ist, sondern dass es sich um ein Projekt der Gemeindeverwaltung handelt. Ich zitiere aus dem Bericht, den die GPK zur Kenntnis nehmen durfte: "Neu soll sich der Verwaltungsbericht nach der Struktur und Inhalt des IAFP richten. (...) Inhaltlich wird die Zielerreichung des entsprechenden Produktes im entsprechenden Jahr beschrieben sowie auf allfällige Besonderheiten aufmerksam gemacht. An der Beilage "Köniz in Zahlen" wird die Aussagekraft der jeweiligen Zahlen aufgrund der Produktebeschreibungen überprüft und ebenfalls die Struktur angepasst. Nicht geändert wird das Kapitel Organigramme. (...) Die Kanzlei stellt Vorlagen mit Textlücken zur Verfügung, sodass die Abteilungen und Dienstzweige nur die neuen Textteile einfügen müssen. Der Zahlenanteil wird so vorbereitet, dass diese nur aktualisiert werden müssen."

Fraktionssprecherin Claudia Egli (SP): Die Mitglieder der SP-Fraktion danken dem Gemeinderat, den Verwaltungsangestellten und dem Gemeinderat ebenfalls herzlich für die gute Arbeit. Anhand des Verwaltungsberichts ist ersichtlich, dass viel gearbeitet worden ist, auch ehrenamtlich und dies ist besonders zu verdanken. Der Verwaltungsbericht ist sehr ausführlich. Gerade der jeweilige Ausblick und die Zielsetzungen des Gemeinderates für das neue Jahr sind sehr wichtig. Damit wird ersichtlich, was der Gemeinderat in nächster Zeit in den Direktionen realisiert. Damit wird auch die Realisierung kontrollierbar; besonders dort wo es brennt. Die SP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht genehmigen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich gehe noch auf das Votum von Ursula Wyss ein: In Bezug auf die Energiebuchhaltung ist die DBA unter der Leitung von Gemeinderätin Judith Ackermann verantwortlich. Bei der Grafik auf Seite 85 handelt es sich um eine Gesamtenergie-Grafik und nicht um einen Verbrauch nur in der Gemeinde Köniz. Die Zahlen sind aufgrund von Verbrauchszahlen hochgerechnet. Einzelne Erhebungen in Verwaltungszweigen wären äusserst aufwändig.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Als der Gemeindepräsident der GPK und den Besuchenden der einzelnen Direktionen dankte, bin ich davon ausgegangen, dass er dies für alle Gemeinderatsmitglieder in globo vornehme. Aus diesem Grund habe ich keinen speziellen Dank ausgesprochen, wie auch Gemeinderätin Katrin Sedlmayer. Ich möchte nicht als unanständig erscheinen, denn meine Direktion verfügt als einzige über eine Kommission und arbeitet eng mit dieser zusammen. Ich möchte Christoph Salzmann als GPK-Mitglied und Alfred Arm als Präsident der KSF sowie deren Mitgliedern herzlich danken.

² An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Auch ich möchte meinen Dank noch aussprechen. Ich danke Stefan Lehmann und Thomas Herren für ihren Verwaltungsbesuch herzlich und werde den an mich ausgesprochenen Dank gerne weiterleiten.

Beschluss

Der Verwaltungsbericht 2007 wird genehmigt.
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

5. Stellenbewirtschaftung

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

GPK-Referent Valentin Lagger (CVP): Mit 6 : 0 Stimmen empfiehlt die GPK dem Parlament, der Umwandlung der befristeten öffentlich-rechtlichen Stellen in unbefristet öffentlich-rechtliche zuzustimmen. Ich erwähne noch Folgendes: Die gültige Version des Geschäftes ist im Nachversand verschickt worden. Korrigiert wurde die Erhöhung der Stellenprozente der Stelle Kommunikation; die Erhöhung beträgt hier 50 Prozent und nicht 100 Prozent, weil 50 Prozent bereits bestanden haben. Anzufügen bleibt, dass der Gemeinderat bestehende Stellen in eigener Kompetenz um plus oder minus drei Lohnklassen verändern kann, höhere Änderungen der Lohnklasse liegen in der Kompetenz des Parlaments. In der DBS sind die Stellen aufgrund der hohen Fallzahlen nach wie vor notwendig. Wichtig sind die drei folgenden Feststellungen: Die Fluktuation im Sozialhilfereich bezüglich der Mitarbeitenden ist sehr hoch und somit könnte jederzeit sehr schnell auf sinkende Fallzahlen reagiert werden. Im Bereich Amtsvormundschaft sind die Fallzahlen bereits seit längerer Zeit auf hohem Niveau stabil. Sämtliche hier von der DBS vorgelegten Stellen gehen in den Finanz- und Lastenausgleich.

Parlamentspräsident Martin Graber hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Beschluss

Die Umwandlung der folgenden befristeten öffentlich-rechtlichen Stellen in unbefristet öffentlich-rechtliche Stellen nach Artikel 4, Absatz 1 des Personalreglements wird beschlossen:
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

Direktion	Richtfunktion	Stellen- prozente	Umwand- lung per
DPF (Kommunikation)	Fachspezialist (LK12)	50%	01.01.2009
DBS (AJG)	Administrative Sachbearbeitung (LK6)	10%	01.07.2009
DBS (AJG)	Höhere Sachbearbeitung im soz. Bereich (LK10)	30%	01.07.2009
DBS (AJG)	Höhere Sachbearbeitung im soz. Bereich (LK10)	50%	01.07.2009
DBS (ASV)	Sachbearbeitung soz. Bereich (70% LK10 / 30% LK9)	100%	01.11.2008
DBS (ASV)	Adm. Sachbearbeitung (LK9)	50%	01.09.2008

6. 0806 Dringliches Postulat (SP) "Belagswerk sofort sanieren oder sonst stilllegen"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Landschaft

Christian Roth (SP): Als der Gemeinderat die Antwort geschrieben und verabschiedet hatte, fehlte noch ein Puzzleteil. Die Beschwerde gegen die Baubewilligung zur Einhausung des Belagswerks war damals noch offen, weil das Verfahren verzögert wurde. Inzwischen hat die Firma Weibel AG in Oberwangen bekannt gegeben, dass sie ihre Beschwerde nicht ans Verwaltungsgericht weiterzieht. Stand der Dinge ist, dass die leicht korrigierte Baubewilligung jetzt in Rechtskraft erwachsen ist. Die Firma Weibel AG verfügt nun über eine Baubewilligung für die Erneuerung, Erweiterung und vor allem Einhausung des Werks. Es bestehen somit keine Gründe mehr, das Projekt nicht zu realisieren. Das freut uns sehr, denn damit sind wir der Sanierung des Werks und dem Schutz der Bevölkerung von Oberwangen einen Schritt näher gekommen.

Wie gross dieser Schritt jedoch sein wird, wage ich im Moment nicht zu beziffern. Wir sind aufgrund der jahrelangen eher bemühenden Erfahrungen sehr vorsichtig geworden, was die Aussagen der Firma Weibel betrifft. Die ganze Geschichte ist – so denke ich – noch nicht unter Dach und Fach. Ich denke aber, dass man sagen kann, der politische Druck aus dem Parlament, der Druck vonseiten des Gemeinderates und vor allem auch der Einsatz der Oberwängener Bevölkerung haben hier konkrete Resultate gezeitigt. Die Bevölkerung von Oberwangen ist wachsam und kritisch; sie fragt nach und hat sich im Vorfeld der Debatte unter anderem bei der SP, bei der SVP und bei weiteren Parteien per Mail gemeldet und Fragen gestellt. Doch gerade dieser politische Druck muss unbedingt aufrecht erhalten bleiben. Das Parlament wie auch der Gemeinderat müssen die Einhausung des Werks mit Argusaugen beobachten und begleiten. Wir müssen sofort reagieren können, wenn vonseiten der Firma Weibel AG erneut Verzögerungen entstehen würden. Der Gemeinderat hat meines Wissens durchaus noch Trümpfe in der Hand, denen wir mit unserem Postulat den notwendigen Schub verleihen müssen. Gemäss Überbauungsordnung muss die Firma Weibel AG zwingend einhausen; die Frist ist abgelaufen. Ob sie das Werk gleichzeitig erneuern und erweitern will, liegt in ihrer Entscheidung; die Überbauungsordnung zwingt sie nicht dazu. Die Erneuerung und die Erweiterung bedeuten aber klare Vorteile für die Bevölkerung von Oberwangen, weil dadurch z. B. endlich von Schweröl auf normales Heizöl umgestellt werden kann. Denken wir etwas pessimistisch und nehmen wir an, dass die Firma Weibel AG die Einhausung nicht vornimmt, müsste die zuständige Behörde – meines Wissens der Gemeinderat von Köniz – eine neue Frist ansetzen, innerhalb welcher die rechtskräftig bewilligten Sanierungsmassnahmen verwirklicht werden müssen. Realisiert die Firma Weibel dies nicht fristgerecht, hätte die zuständige Behörde die Möglichkeit, Betriebseinschränkungen oder die Betriebsschliessung anzuordnen. Ich bin nicht pessimistisch und denke, dass dies nicht nötig sein wird. Ich bitte Sie aber, das Postulat erheblich zu erklären und nicht als erfüllt abzuschreiben. Der Gemeinderat muss wissen, dass wir ihm "auf die Finger schauen" und sofort kritisch nachfragen, wenn er der Firma Weibel AG zu viel Spielraum lässt. Wir dürfen hier kein falsches Zeichen setzen und uns mit der Abschreibung des Postulats den Sand eines satten und zufriedenen Träumenden in die Augen streuen lassen. Die Bevölkerung von Oberwangen wird uns danken, wenn Parlament und Gemeinderat alles Erdenkliche dazu beitragen, dass in Oberwangen endlich die dringend notwendige Einhausung des Werks vollzogen wird und somit die Lebensqualität an Wert gewinnt.

Liz Fischli (Grüne): Die Fraktion der Grünen dankt dem Gemeinderat für sein klares und entschiedenes Vorgehen in dieser Angelegenheit. Wir unterstützen den Antrag der SP auf Nichtabschreibung des dringlichen Postulats. Damit möchten wir dem Gemeinderat den Rücken für den Fall stärken, dass das Belagswerk die Einhausung doch nicht zustande bringt und weitere Massnahmen bis hin zur Stilllegung des Werks notwendig würden. Schon mehrfach ist das Belagswerk seinen Beteuerungen nicht nachgekommen und es hat die Massnahmen zum Schutz der Anwohnerschaft und die Vorgaben der Gemeinde in einer beispiellosen Art und Weise ignoriert oder die Erfüllung hinausgezögert. Heute kann es sich aber kein Unternehmen mehr leisten, Vorgaben des Umweltrechts nicht einzuhalten. Solche Unternehmen können langfristig nicht bestehen und nicht gewinnbringend wirtschaften. Wir hoffen deshalb, dass die Weibel AG dies jetzt endlich einsieht und die Einhausung fristgerecht erstellt sowie die übrigen Auflagen ohne Wenn und Aber erfüllt. Sollte dies nicht passieren, werden die Grünen alle Massnahmen zur Verbesserung oder sogar zur Stilllegung unterstützen.

Christian Balz (FDP): Ich teile mit, dass die FDP/jfk-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates, das Postulat erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben zustimmt. Nachdem fast niemand mehr daran geglaubt hat, dass die Firma Weibel AG die Sanierung und die Einhausung des Belagswerks und die Umstellung von Schwer- auf Leichtöl noch je in Angriff nehmen wird, konnten wir letzte Woche den Medien entnehmen, dass die Arbeiten nun doch noch realisiert werden. Ich persönlich hegte in letzter Zeit die Befürchtung, dass die Firma Weibel den Umbau soweit hinaus zögern wird, bis die A12 durch das Wangental saniert ist und anschliessend das Werk an einen andern Standort verlegt. Die Artikel in den Medien stimmen mich aber zuversichtlich und ich glaube, dass bis Ende Oktober 2009 die Anwohner vor allem in Oberwangen, aber auch im restlichen Wangental durch ein saniertes Belagswerk von Dreck und Gestank befreit werden. Selbstverständlich sind wir der Meinung, dass das Parlament, die Verwaltung und die Wangentaler Bevölkerung das Umbauprozedere genau verfolgen sollen.

Markus Bont (EVP): In einem Gedicht von Kurt Tucholsky heisst es: "Worte und Taten, das ist so hienieden, sind manchmal verschieden." Was die Sanierung des Belagswerks der Firma Weibel AG betrifft, kann man sagen, dass Worte und Taten nicht nur manchmal, sondern meistens verschieden sind. Zur Erinnerung: Die Frist zur Einhausung, d. h. zum Bau der Schutzmauer, ist am 1. Oktober 2007 abgelaufen. Die Firma hat gegen die Baubewilligung Beschwerde eingereicht, diese aber nicht weitergezogen. Verläuft nun alles planmässig, wird das Belagswerk im Winter 2008/2009 saniert und eingehaust. Aber was ist bereits alles gesagt und versprochen worden! Plötzlich soll es nun schnell gehen. Noch im Frühjahr 2008 hat die Firma Weibel erklärt, aus logistischen Gründen sei es nicht möglich, im kommenden Winter zu sanieren. Die CVP/EVP-Fraktion anerkennt aber die Bemühungen der Firma Weibel AG und ist froh, dass der Gemeinderat Ausdauer beweist. Wir möchten aber die Einhausung realisiert sehen und wünschen, dass der Gemeinderat am Ball bleibt. Somit braucht es in Oberwangen keine Bürgerwehr, wie sie von einem erzürnten Bewohner von Oberwangen gefordert worden ist. Wir stimmen der Erheblicherklärung des Postulats zu, die Abschreibung lehnen wir jedoch ab. "Worte und Taten, das ist so hienieden, sind manchmal verschieden." Wir wollen Taten sehen.

Markus Stähli (FDP): Ich bin kein Dichter, baue aber seit 34 Jahren Strassenbeläge ein. Wenn nun, wie heute mehrmals erwähnt, eine Stilllegung des Belagswerks ins Auge gefasst wird, muss Folgendes festgehalten werden: Die Firma Weibel verfügt in Buswil bereits über eine neue Anlage. Ausserdem existieren noch diverse andere Firmen, die Strassenbeläge liefern können. In den vier Jahren, die mir noch bis zum AHV-Alter bleiben, werde ich weiterhin Belag einbauen können, dieser wird dann halt von etwas weiter weg geliefert. Überlegen Sie sich Ihre Aussagen in Bezug auf eine eventuelle Stilllegung gut. Es ist nicht unbedingt nur das Verschulden der Firma Weibel, dass sie bis anhin nichts unternommen haben. Wären alle möglichen Mittel ausgeschöpft worden, hätte die Einhausung vielleicht etwas früher realisiert werden können.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Die Sanierung des Belagswerks Weibel in Oberwangen ist dem Gemeinderat ein sehr wichtiges Anliegen. Seit der Einreichung des Postulats ist vieles geschehen. Das wichtigste zuerst: Den Medien konnte anfangs letzte Woche entnommen werden, dass die Weibel AG die Auflagen akzeptiert hat und im Winter 2008/2009 ihr Belagswerk sanieren will. Das heisst nun konkret, dass die Baubewilligung für die Sanierung und die Einhausung am 25. Oktober 2007 rechtskräftig geworden und innerhalb der nächsten zwei Jahre konsumiert werden muss. Mit den Auflagen hat die Gemeinde Köniz sichergestellt, dass die Umweltschutz-Grenzwerte eingehalten werden. Bei den Auflagen handelt es sich vor allem um das Vermeiden von Gerüchen, aber auch um Vermeidung von zu viel Lärm. Der Gemeinderat hält nach wie vor die Einhausung als die wirksamste Massnahme für die Verminderung von Immissionen. Mit der Baubewilligung ist allerdings noch eine wichtige andere betriebliche Massnahme verfügt worden. Man hat verfügt, dass das Werk in Zukunft mit Heizöl "extra leicht" betrieben werden muss, damit Gerüche zusätzlich noch eingedämmt werden. Es gibt aber auch andere Sanierungsmöglichkeiten, wenn die baulichen Massnahmen – die Einhausung – nicht realisiert oder nicht genügen würden. Gemäss Art. 2 der Lärmschutzverordnung gilt als Sanierung jede Massnahme, die Immissionen für bestehende ortsfeste Anlagen begrenzt. Das sind z. B. technische, bauliche, betriebliche, verkehrslenkende, verkehrsbeschränkende oder verkehrsberuhigende Massnahmen. Ein Stilllegung des Werks, deren Prüfung im Postulat gefordert worden ist, wäre eine schwierige Angelegenheit. Da befänden wir uns rechtlich gesehen auf sehr wackligen Füüssen. Nach Auslegung des Umweltschutzgesetzes könnte eine solche Massnahme nur angeordnet werden, wenn Menschen und Umwelt erheblich gefährdet oder die Immissionsgrenzwerte der Luftreinhalteverordnung und die Alarmwerte der Lärmschutzverordnung massiv überschritten wären. Lärmuntersuchungen und lufthygienische Messungen haben aber gezeigt, dass dem nicht so ist. Noch ein Wort zu den Ausnahmegewilligungen gemäss Ortspolizeireglement. Der Gemeinderat wird prüfen, ob nach der Sanierung/Einhausung Ausnahmegewilligungen noch notwendig sind. Der Gemeinderat geht aber davon aus, dass das Werk so gut saniert sein wird, dass diese nicht mehr erteilt werden müssen.

Fazit: Der Gemeinderat ist froh, dass die Firma Weibel AG ihre Beschwerde nicht weitergezogen hat und die Sanierung im nächsten Winter vornimmt. Die Einhausung und die Betriebsmassnahme mit dem Wechsel zum Betrieb mit Heizöl "extra leicht" sind die besten Massnahmen für die Eindämmung von zu viel Lärm und Gerüchen. Die Bevölkerung in Oberwangen hat

ihr gutes Recht, dass nun saniert wird, dass es nicht mehr stinkt, nicht mehr russt und nicht mehr zu viel lärmt. Dafür, das kann ich Ihnen versichern, wird sich der Gemeinderat einsetzen. Wir werden mit Argusaugen darauf achten, dass die Auflagen eingehalten und die Sanierungsmassnahmen vorgenommen werden. Deshalb beantragen wir Ihnen, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

Beschluss

Die Abschreibung des Postulats wird abgelehnt.
(abgegebene Stimmen: 19 gegen Abschreibung, 16 für Abschreibung)

7. 0522 Postulat (überparteilich) "Belebung des Kultur- und Begegnungszentrums in Köniz"

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Bildung und Soziales

Alfred Arm (SP): In der Antwort des Gemeinderates konnte ich bei überraschend vielen im Postulat aufgeführten Forderungen ein Gutzeichen anbringen: Die Galerie im Chornhuus ist eröffnet, die Innenrenovation im Haberhuus ist abgeschlossen, das Schulmuseum ist eröffnet, das Kulturkonzept ist erstellt, die nichtständige Kulturkommission hat bereits getagt und die Zukunftskonferenz hat stattgefunden. Ich danke allen, die sich in diesen Bereichen engagiert haben, besonders Gemeinderat Ueli Studer und der Kultursekretärin Martha Häberli, die viel Arbeit investiert haben.

Ich erlaube mir, sechs Punkte zu erwähnen, die noch in Arbeit sind und für die Verlängerung der Erfüllungsfrist sprechen: Die zentrale Anlaufstelle, das Konzept Schloss, der Rossstall, die Pfrundschiür, soziokulturelle Animation auf dem Schlossareal und die RKK (Regionale Kulturkonferenz). Zum Konzept Schloss erwähne ich nichts, das wird noch in diesem Jahr im Parlament behandelt. Kurz zur zentralen Anlaufstelle: Die Einrichtung einer solchen ist sehr wichtig und richtig, vor allem für Anbieter von Kulturveranstaltungen. Intern sind zwar gewisse Abläufe in der Fachgruppe vereinfacht worden, von aussen sind aber immer noch verschiedene Anlaufstellen vorhanden, wie z. B. die Gastronomie Haberhuus oder die Kirche. Beim Rossstall kann die erfreuliche Tatsache zur Kenntnis genommen werden, dass Mäzene für die Realisierung eines Kulturhauses gefunden worden sind. Das Kulturhaus Rossstall und der Verein Kultur- und Begegnungszentrum Haberhuus sollen unter eine gemeinsame Leitung gestellt werden. Die Pfrundschiür ist ein eher trauriges Kapitel. Die behelfsmässige Heizung für die guten Anlässe im Winter 2005/2006 wurde vom Kanton verboten und somit können keine Anlässe mehr stattfinden. Ich hoffe, dass mit dem Verbot genug zusätzlicher Druck vorhanden ist, um die Renovation voranzutreiben, denn die Arena ist geeignet für grössere und gute Anlässe. Soziokultur Schloss: Vieles ist möglich – siehe EURO 08 – der Schlosshof ist bei solchen Anlässen fast immer voll von Besuchern. Ich wünsche mir, dass der öffentliche Raum im Schloss mit anderen Themen öfters belebt wird; Mediotheken, Ludotheken oder der Spielbus. Dafür sind Personen, d. h. Stellenprozent für die Animation notwendig. Das Kapitel RKK ist ebenfalls nicht sehr erfreulich. In meinen Augen ist nicht richtig, dass rund 1 Million Franken an die fünf wichtigsten Kulturinstitutionen der Stadt fliessen, Köniz selber lediglich einige Hunderttausend Franken für Kultur ausgibt und selbst davon nicht sehr viel ans Haberhuus geht.

Als Gefahr sehe ich gewisse retardierende Faktoren. Im Moment findet die Auswertung der Zukunftskonferenz statt. Ich hoffe, dass ein Konzept bald vorhanden sein wird und man sich nicht durch allzu viele Studien und insbesondere von der Forderung der Wirtschaftlichkeit blockieren lässt. Ich bin der Meinung, das Kultur- und Begegnungszentrum Schloss ist eine öffentliche Aufgabe und sollte in dem Sinn deutlicher subventioniert werden. Konzepte sind immer rückwärts wirkend. Man kann sich in Konzepte und Wirtschaftlichkeitsstudien auch verlieren. Es braucht ein Stück Mut, einen Schritt in die Zukunft und einen innovativen Ansatz im Schloss, bei dem man letztlich nie genau weiss, was herauskommen wird.

Die Stadt Bern leistet sich ungefähr 10 Institutionen, in welche mehrere Hunderttausend Franken bis Millionenbeträge investiert werden. Auch die Gemeinde Köniz verträgt ein Kulturzentrum, in das deutlich mehr als bis anhin investiert wird. Ich bitte Sie, der Verlängerung der Erfüllungsfrist zuzustimmen.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke Alfred Arm für die Zustimmung zur Verlängerung der Erfüllungsfrist. Das Schlossareal hat einen langen geschichtlichen Hintergrund; es ist sehr alt und es kann nicht sein, dass hier mit unnötiger Eile vorgegangen wird und dieser geschichtliche Hintergrund verloren geht. Aus diesem Grund gehen wir sehr vorsichtig mit dem Areal um. In Bezug auf die RKK-Verträge möchte ich Alfred Arm sagen, dass wir uns an der Vernehmlassung zum Kulturförderungsgesetz beteiligt haben. Dies im von dir gewünschten Sinn, dass Köniz mit der regionalen Ausstrahlung des Schlossareals zum Zug kommen könnte. Auf dem Schlossareal geht im Moment sehr vieles, dazu ist viel Zeit notwendig und schlussendlich auch Mittel für die Realisierung. Wir sind an der Erarbeitung eines Nutzungskonzepts. Wichtig wird sein, dass wir in die öffentliche Mitwirkung gehen können. Parallel dazu erarbeiten wir zusammen mit der DPV (Direktion Planung und Verkehr) eine Zonenplanänderung. Das Schlossareal ist ein "grosser Brocken" und der Gemeinderat hat eine Delegation eingesetzt, d. h. Gemeindepräsident Luc Mentha sowie Gemeinderätin Katrin Sedlmayer und ich bereiten diese Angelegenheit unter meiner Federführung weiter vor. Parallel dazu wird der Ausbau des Kulturkonzepts vorangetrieben, so gut dies möglich ist. Ich bitte Sie, der Verlängerung der Erfüllungsfrist zuzustimmen.

Valentin Lagger (CVP): Das Fazit, das der Gemeinderat in seiner Schlussfolgerung zieht, ist aus meiner Sicht korrekt. Die Politik hat sich in dem Sinn bisher stringent verhalten und richtig kommuniziert, dass einige Abläufe im Schlossareal noch unklar sind. Im Übrigen wurde mit dem Verein Haberhuus eine Vereinbarung für 1 Jahr abgeschlossen. Im Kulturkonzept wurde zum weiteren politischen Engagement der Gemeinde nicht sehr viel ausgesagt. Diese Entscheide werden in den nächsten zwei Jahren getroffen. Am 13. März 2010 werden wir mehr darüber erfahren.

Jan Remund (Grüne): Die Grünen unterstützen den Antrag des Gemeinderates für die Verlängerung der Erfüllungsfrist. Für uns Grüne ist die Belegung des Kultur- und Begegnungszentrums ein wichtiges Anliegen. Köniz ist langsam unterwegs, aber auf gutem Weg. Es gibt erfreuliche Punkte, die bereits erwähnt wurden. Das Haberhuus ist erfolgreich, der Rossstall ist auf gutem Weg. Das Schlossareal ist – nicht nur während der EM – viel belebter als früher. Die Zonenplanänderung, ein wichtiger Punkt für den späteren Ausbau, ist eingeleitet. Es gibt aber auch wunde Punkte. Das Bistro ist zwar ein guter Betrieb, aber es ist zu klein und zu wenig offen. Hier eine schnelle und gute Lösung zu finden, wird nicht einfach sein. Die Pfrundschiür und das Chornhuus sind in teilweise schlechtem Zustand, eine Sanierung ist nötig und diese wird teuer sein; es ist von zweistelligen Millionenbeträgen die Rede. Die Gretchenfrage wird sein, ob wir bereit sind, diese Kosten zu übernehmen, denn hinter dem Konzept stehen wir nach wie vor alle. Ideen für die Nutzung der Gebäude sind genug vorhanden. Ein wetterfester Saal in der Pfrundschiür, eine Mediothek, ein Restaurant, ein Parlamentssaal im Chornhuus. Gemeinderat und Parlament haben den Auftrag, einige dieser Visionen in den nächsten Jahren zu realisieren.

Beschluss

Die Erfüllungsfrist wird bis 13. März 2010 verlängert.
(abgegebene Stimmen: Zustimmung offensichtlich)

8. 0603 Postulat (Grüne) "Luftreinhaltung geht alle an"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Landschaft

Jan Remund (Grüne): Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates für die Abschreibung des Postulats. Die Schadstoffsituation ist weiterhin nicht gut. Dem Verwaltungsbericht kann entnommen werden, dass diverse Werte seit 2002 stabil sind und nicht mehr abnehmen. Die Grenzwerte werden weiterhin überschritten. Die Gemeinde Köniz ist dafür aber nicht allein ver-

antwortlich und hier geht es darum, ob die einzelnen Punkte des Vorstosses erfüllt sind oder nicht. Bezüglich Aufforderung zum Handeln von Bund und Kanton hat die Gemeinde Köniz Glück gehabt, denn es wurde ein Konzept umgesetzt, das bei massiver Überschreitung der Schadstoffgrenzwerte zu Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs und von Heizungen führen kann. Bezüglich Öffentlichkeitsarbeit nehmen wir zur Kenntnis, dass die Gemeinde etwas unternimmt. Aus der Sicht der Grünen ist dies aber noch verbesserungsfähig. Öffentlichkeitsarbeit ist aber eine Daueraufgabe und deshalb macht es keinen Sinn, das Postulat aufrechtzuerhalten. Wir stimmen der Abschreibung zu, erwarten aber, dass die Gemeinde ihre Informationspolitik weiter betreibt und verstärkt. Die momentan aufliegende Zweckmässigkeitsbeurteilung macht uns Hoffnung, da hier in Köniz ein massiver Ausbau von Tram und Bahn geplant ist, was die Situation weiter verbessern wird.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Luftreinhaltepolitik ist zur Hauptsache Bundespolitik und wird von den Kantonen über deren Massnahmenplanungen zum grossen Teil umgesetzt. Luftreinhaltepolitik hat aber sehr wohl mit Energiepolitik zu tun. Das ist das Handlungsfeld, das die Gemeinde als Energiestadt im Bereich der kommunalen Luftreinhaltepolitik hat. Auf Gemeindeebene nehmen wir gezielte und regelmässige Aktivitäten vor, die dem Ziel der Luftreinhaltung dienen. Ich erwähne einige Massnahmen, die in der Antwort enthalten sind: Das kommunale Mobilitätsmanagement hat sich gut angelassen. Aus der Gemeindeverwaltung machen bei der Aktion "Bike to work" sehr viele Teams mit. Im Jahr 2007 haben zudem neun grössere Firmen der Gemeinde Köniz mitgemacht. In der Gemeinde Köniz werden Dieselfahrzeuge nur noch mit Partikelfilter angeschafft, was auch bei den Nutzfahrzeugen mittlerweile fast immer möglich ist. Für die Kampagne "Mobilitätsmanagement in Unternehmen" konnten wir bis anhin vier Unternehmen für eine Erstberatung gewinnen. Verkehrsplanung und Realisierung: In der Zweckmässigkeitsbeurteilung Bern ist aufgeführt, dass Köniz wahrscheinlich eine Tramlinie erhalten wird, was zu besserer Luftqualität führen wird. Im Rahmen des Raumentwicklungskonzepts werden Aussagen zum öffentlichen Verkehr gemacht, aber auch zum Langsamverkehr. Diese werden für die Raumplanungsrevision geprüft, die noch in diesem Jahr aufgegleist werden soll. Dem Gemeinderat ist es sehr wichtig, wie im Postulat gefordert, selber aktiv zu sein. Luftreinhaltung geht alle an und deshalb nimmt der Gemeinderat selber am Projekt "Bike to work" teil. Ich würde mich sehr freuen, wenn auch die Parlamentsmitglieder das Postulat beherzigen und aktiv und persönlich zu einer besseren und gesünderen Luft beitragen. Unsere Aktivitäten werden auch in Zukunft nicht weniger und deshalb beantragen wir das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Beschluss

Das Postulat wird als erfüllt abgeschrieben.
(abgegebene Stimmen: Zustimmung offensichtlich)

9. 0727 Motion (Grüne) "Transparente Darstellung von Argumenten der Parlamentsmehrheit und der Parlamentsminderheit in Abstimmungsbotschaften"

Beantwortung; Parlamentsbüro

Liz Fischli (Grüne): In Zukunft sollen Pro und Kontra in den Abstimmungsbotschaften transparent und übersichtlich dargestellt werden. Die Motionärin und die Fraktion der Grünen danken dem Parlamentsbüro und dem Gemeinderat für die Unterstützung des Anliegens. Nicht zuletzt die kontroverse Diskussion um die ideale Anzahl Gemeinderäte hat gezeigt, dass es wichtig ist, auch den Argumenten der Parlamentsminderheit einen festen Platz in der Botschaft einzuräumen. Eine gut gestaltete Kurzübersicht zu Pro und Kontra wie auch ein Platz für die Meinung eines Initiativ- oder Referendumskomitees, erleichtert den Stimmberechtigten den Einstieg in ein Abstimmungsthema. So lässt sich kurz und bündig ein guter Überblick über die wichtigsten Argumente gewinnen. Hand aufs Herz: Ist es nicht so, dass auch wir wie die meisten Stimmberechtigten gern zuerst die spannendste Seite lesen und uns dann erst gezielt mit der Abstimmungsvorlage auseinandersetzen? Eine übersichtliche Darstellung erleichtert zweifellos eine faire, informierte und unabhängige Willensbildung und Stimmabgabe. Demokratiepoltisch steht sie für einen konstruktiven Umgang mit verschiedenen Argumenten und Sichtweisen. Sie trägt damit zur Stabilität bei, weil Minderheiten nicht einfach übergangen werden, sondern in der

demokratischen Auseinandersetzung ausdrücklich zu Wort kommen. Die Stimmberechtigten sehen, welche kritischen Einwände im Parlament allenfalls bereits diskutiert und berücksichtigt worden sind. Auch wir sind der Meinung, dass das Rad für die konkrete Darstellung nicht neu erfunden werden muss und dass für die Detailregelung die Praxis von Bund, Kanton und grösseren Parlamentsgemeinden berücksichtigt werden kann. Wir begrüssen auch, dass für diese Arbeit vonseiten des Parlaments die Redaktionskommission und allenfalls das Parlamentsbüro beigezogen werden. Unserer Meinung nach würde sich die Redaktionskommission als abschliessend kompetentes Gremium durchaus anbieten. Erstens, weil sie mit ihrer Zusammensetzung nach Parteiproporz demokratisch legitimiert und politisch breit zusammengesetzt ist. Zweitens, weil sie bereits Erfahrungen bei der Formulierung von Minderheitsstandpunkten sammeln konnte. Drittens, weil dies eine wirklich wichtige Kernaufgabe der Redaktionskommission sein kann. Die Grünen empfehlen Ihnen die Annahme der Motion.

Peter Antenen (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion. Uns ist klar, dass Informationen bezüglich Abstimmungen zuhanden der Stimmberechtigten selbstverständlich sind. Befürworter und Gegner von Vorlagen sollen in Abstimmungsbotschaften ausführlich zu Wort kommen. Im Rahmen der Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments erwarten wir, dass eine Fassung ausgearbeitet wird, die das Wort Ausgeglichenheit verdient.

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Mir und allen Mitgliedern der Redaktionskommission sind die beiden letzten Sitzungen vor Weihnachten 2007 nur allzu gut in Erinnerung. Wir haben die Botschaften zu vier Abstimmungsvorlagen beraten. Die Redaktionskommission hat sehr viele Anträge, Wünsche und Hinweise mit auf den Weg bekommen, was an den Botschaften zu ändern sei. Ohne die grossartige Arbeit des Parlamentssekretärs Markus Heinzer wären Nachschichten nötig gewesen. Das Ganze hat uns gezeigt, dass die Entstehung dieses wichtigen Dokuments genau analysiert werden muss. Die Darstellung der Minderheitsmeinung ist in meinen Augen nur ein Punkt davon. Die SP-Fraktion wird für die Erheblicherklärung der Motion stimmen.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Zustimmung offensichtlich)

10. 0808 Anfrage (Stucki) "Begabtenförderung an Könizer Schulen"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Mark Stucki (FDP): Ich bedanke mich für die Antwort des Gemeinderates auf die Anfrage und erkläre mich davon befriedigt. Sie zeigt auf, dass man der Förderung von begabten Kindern den nötigen Stellenwert beimessen will. Sie zeigt aber auch auf, dass bei der Begabtenförderung in den allgemein bildenden intellektuellen Fächern, wie es auch der Regierungsrat erwähnt, in der Gemeinde Köniz momentan ein gewisses Defizit herrscht. Ein Defizit, das mit dem geplanten Konzept hoffentlich angegangen wird. Zu einer integrativen Schule gehört nicht nur die Förderung von Kindern mit Schwächen, sondern auch die Förderung von besonders begabten und leistungswilligen Kindern und Jugendlichen. Nur so kann die öffentliche Schule auch künftig eine Schule für alle bleiben und den Ansprüchen der Gesellschaft genügen. Entsprechend ist meine Erwartungshaltung an das sich gegenwärtig in Arbeit befindende Konzept. Es muss schlank, zielführend und praxisorientiert sein. Einen kleinen Kritikpunkt möchte ich anbringen: Etwas irritierend finde ich den Umstand, dass gemäss Zeitplan die Informationsveranstaltungen in den Schulbezirken stattfinden, bevor das Parlament das Modell überhaupt erlassen hat.

11. 0809 Interpellation (Hugo Staub, SP) "Gelegenheit macht Diebe - auch in der Schule?"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Hugo Staub (SP): Ich bin immer noch davon überzeugt, dass abschliessbare Schränke zwar keine Wunder bewirken, aber einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass an Schulen weniger

gestohlen wird. Sie leisten auch einen Beitrag dazu, dass Kinder und Jugendliche lernen können, Verantwortung für ihr Hab und Gut zu übernehmen. Das ist nicht so einfach wie es tönt und sie benötigen dazu Unterstützung, unter anderem auch, indem wir eine sinnvolle Ausstattung der Schulhäuser mit einigen wenigen abschliessbaren Schränken ermöglichen. Im Gegensatz zum Gemeinderat bin ich der Ansicht, dass abschliessbare Schränke zur Grundausstattung von Schulhäusern gehören und die Eltern nicht zusätzlich dafür bezahlen müssen wie es in Niederwangen der Fall ist. Zur Finanzierung: Ich gehe nicht davon aus, dass diese über das Globalbudget der Schulen funktionieren kann. In der Rechnung 2007 ist ersichtlich, dass Einlagen von insgesamt 100'000 Franken in die Spezialfinanzierung für alle Schulhäuser geleistet worden sind. Müsste der geschätzte Betrag von 210'000 Franken für die Aufstellung von abschliessbaren Schränken davon abgezweigt werden, könnte für längere Zeit nichts anderes mehr angeschafft werden. Hier muss eine andere Lösung gefunden werden. Ich bin gespannt und warte die Diskussion der Zentralen Schulkommission ab. Ich bitte Gemeinderat Ueli Studer, mich darüber zu informieren. Die Antwort befriedigt mich nur teilweise, die Ausführungen des Gemeinderates sind zum Teil wenig informativ. Frage 5 lautet beispielsweise: "Wünschen diese Schulen auch abschliessbare Schränke, Fächer etc.? Die Antwort lautet wenig aussagekräftig, dass diese Frage in Niederscherli bereits diskutiert worden sei. Hier hätte ich mir vorgestellt, etwas über die stattgefundene Diskussion zu erfahren. Am ausführlichsten und liebevollsten sind die Ausführungen über die Diskussion für die Anschaffung von Einzelpulten. Dazu habe ich jedoch keine Frage gestellt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

12. Verschiedenes

Neu eingereichte Vorstösse:

- 0819 Postulat (SVP) "Unterstützung der Freiwilligenarbeit, Senkung der Mietbeiträge für die Benutzung der Schul- und Sportanlagen durch Könizer Vereine"
- 0820 Motion (Lagger, Stucki) "Spange Köniz-Wangental"
- 0821 Dringliche Interpellation (CVP) "Verletzung der Gewaltentrennung in der Könizer Kommunikationspolitik" (Die Dringlichkeit wurde vom Parlamentsbüro nicht gewährt.)
- 0822 Postulat (SP) "Steuerhinterziehung - ein Schaden für die Gemeinde Köniz"
- 0823 Interpellation (Fischli) "Hochhaus in Wabern"
- 0824 Motion (Grüne) "Standortplanung für Mobilfunkanlagen"
- 0825 Motion (Grüne) "Ökoprozent"
- 0826 Motion (Grüne) "Minergie-P oder besser"

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich beantworte zwei Fragen, die mir an der letzten Parlamentssitzung gestellt worden sind. Die Frage von Mark Stucki in Bezug auf ASIV haben wir schriftlich beantwortet, sie liegt auf Ihren Pulten. Die zweite Frage, die Peter Antenen in Bezug auf die Einrichtung eines Mittagstisches an der Schule Spiegel stellte, kann ich wie folgt beantworten: Die Schule Spiegel ist selber für die Einrichtung des Mittagstisches verantwortlich. Es wird eine Weisung ausgearbeitet, die der Zentralen Schulkommission vorgelegt wird. Das Angebot der Schule Spiegel ist kein Tagesschulangebot, wie es künftig vorgesehen ist. Wir gehen davon aus, dass wir bis ins Jahr 2010 an sämtlichen Schulen der Gemeinde Köniz ein Tagesschulangebot anbieten können. Es wird sich dann zeigen, ob die Mittagstische noch funktionieren werden. Wir gehen davon aus, dass der Mittagstisch dann im Rahmen des Tagesschulkonzepts angeboten wird.

Ich mache Sie auf das "Musenmüntschi" aufmerksam, das auf Ihren Pulten liegt. Die fünf grossen Kulturinstitutionen bedanken sich damit in den RKK-Gemeinden bei sämtlichen Bürgerinnen und Bürgern. Mit dem "Musenmüntschi" kann ein Kulturangebot gratis besucht werden. Wir werden dieses Angebot auf die Homepage stellen, im Gemeindehaus auflegen und in der "Könizer Zeitung" publizieren.

Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich mache Sie auf die Informationsveranstaltung in Bezug auf die Fahrten auf den Gurten aufmerksam. Diese findet morgen Abend um 17.30 Uhr bei der Talstation der Gurtenbahn statt. Diese Information wird explizit für Parlamentsmitglieder

und für die Personen aus den Leisten veranstaltet, die Petitionen eingereicht haben. Wir wollen auf die Problematik aufmerksam machen und mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich bin noch eine Antwort in Bezug auf die Benennung der Bushaltestelle bei den Vidmarhallen schuldig. Die neue Haltestelle heisst nun "Hardegg-Vidmar". Es wurde ein gut schweizerischer Kompromiss gefunden: Hardegg bezeichnet das Quartier und Vidmar weist auf die Vidmarhallen hin. Der Name Hardeggerstrasse-Vidmarhallen wäre zu lang gewesen. Auf Ihren Pulten liegt eine Zusammenfassung der Veranstaltung über die Zweckmässigkeitsbeurteilung, die am 12. Juni 2008 mit leider wenigen Interessierten stattgefunden hat. Sie haben immer noch Gelegenheit mitzutun. Auf der letzten Seite ist Ihre Meinung gefragt. Im Internet unter www.bve.be.ch kann ein Fragebogen heruntergeladen werden. Es ist wichtig, dass sich die Gemeinde positiv zu den Resultaten der Zweckmässigkeitsprüfung positioniert. Wie ich bereits in "Köniz Innerorts" erwähnt habe, würde die Realisierung des Vorgesehenen für Köniz einen grossen Sprung bedeuten. Allerdings unter der Voraussetzung, dass der Bund bei der Finanzierung mithilft. Wir würden damit eine viel höhere Dichte an öffentlichem Verkehr erhalten und eine Entlastung der Strassen erreichen. Deshalb ist Ihre – hoffentlich – positive Meinung dazu sehr wichtig.

Valentin Lagger (CVP): Wir haben heute die Interpellation 0821 "Verletzung der Gewaltentrennung in der Könizer Kommunikationspolitik" eingereicht, deren Dringlichkeit abgelehnt worden ist. Ich habe mir überlegt, anhand welcher Kriterien Dringlichkeit beurteilt werden kann. Wahrscheinlich wird es hier eher um zeitliche Aspekte gehen. In der Interpellation werden Fragen zur Kommunikation im Zusammenhang mit der Kommission köniz.fünf gestellt. Wie nachzulesen ist, werden wir Ende Jahr über die Resultate zu köniz.fünf abstimmen. Wenn wir nun von heute an vier Monate aufrechnen und die Beantwortung auf diesen Zeitpunkt ansetzen, werden wir diese wie die alte Fasnacht wohl zu spät erhalten. Ich stelle enttäuscht fest, dass sich selbst das Parlamentsbüro in seinem Entscheid weniger von Fristen leiten lässt als von einer politischen Meinung zu einem politischen Thema.

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich gebe dir anschliessend gerne über die Entscheidkriterien des Parlamentsbüros Auskunft.

Evelyn Bühler (FDP): Ich weise Sie auf etwas Erfreuliches hin, das von der Presse leider wenig beachtet worden ist. Letzte Woche ist das Projekt "easy-Abstimmungsbüchlein" unter der Federführung des Jugendparlaments Köniz von der kantonalen Jugendkommission prämiert worden. Sie erinnern sich vielleicht an das grüne Abstimmungsbüchlein, das im Februar auf Ihren Pulten gelegen hat. Das Projekt ist zusammen mit drei weiteren Projekten unter 30 Eingaben ausgewählt worden. Am Wettbewerb beteiligt waren, neben dem Jugendparlament Köniz, die Jugendparlamente von Worb, Spiez, Interlaken und Ob- und Nidwalden. Die drei anderen Projekte haben je 800 Franken Preisgeld erhalten, das Projekt "easy-Abstimmungsbüchlein" erhielt 2'600 Franken. Das spricht für sich.

Parlamentspräsident Martin Graber: Am letzten Samstag war Sommeranfang, das Wetter hält sich daran und ich wünsche Ihnen allen einen schönen Sommer.

Im Namen des Parlaments

Martin Graber
Parlamentspräsident

Markus Heinzer
Parlamentssekretär